

# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Abholung von unten Rückgebühren: bei Bestellung des Band durch andere Postträger in  
der Stadt und auf dem Lande außerdem Porto: durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf.  
Wochensatz. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Abentagen nachmittags.  
— Rücksende anderer Originalarbeiten ist eine mit besterlicher Dankensagung versehen.  
— Für Rückgabe unverständlicher Einreichungen übernimmt wir keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
s. s. eifrig. Illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4. seil. landwirtsch. u. handelsbil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis:**  
Für die erste Zeile oder deren Raum für Ober- und mittlere  
Spalten 10 Pf., für die unteren 20 Pf., ansonsten pro Zeile  
20 Pf. im Verlaufe 30 Pf. Bei Familienkreisen nach entsprechender Verabredung.  
Besuche für Geschäftsbesuche, für Studienreisen und Offiziersreisen  
besondere Berechnung, nach Absprache mit dem Verleger. — Dringenden  
Anzeigen für größere Geschäfts-Anzeigen um ein Tage vorher, kleinere  
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr. Druckfertigstellung bis 10 Uhr vormittags. —

Nr. 2.

Dienstag den 4. Januar 1910.

36. Jahrg.

## Wem das Hauptverdienst an der Einigung der freisinnigen Parteien zukommt.

diese Frage untersucht die „Deutsche Liberale Wochen-  
schrift“ in einem interessanten Artikel. Ein besonderes  
Lob gebührt darnach zunächst, „all den wackeren Frauen  
und Männern, welche die Hoffnung nicht weggeworfen  
und das Feuer liberaler Begeisterung gehütet haben.  
Dann aber der Parteiorganisation vom ehrwürdigen  
Payer an bis zum jugendfrischen Hummel, der  
Demokratie, welche am ersten und am nachdrücklichsten  
auf ihren Parteitag die Einigung gefordert hat.  
Zuletzt ist es Friedrich Knaumann, dem ein Haupt-  
verdienst gebührt und der seit der schmerzlichen  
Sünder Tagung 1903 nach Auflösung des nationalsozialen  
Bereins zielbewußt die Einigung gefordert und ihr mit  
seiner ganzen reichen Persönlichkeit gedient hat. Wenn  
er demnächst seinen 50. Geburtstag feiert, so ist die  
Einigung des Liberalismus, das wissen wir, seine größte  
Freude.“ Das heftige Blatt verbreitet sich dann  
über den Inhalt des neuen Programms wie folgt:  
„Wenn der Main in den Rhein eintrietet, ist kann  
man sein Wasser an der Fährde doch noch bis weit in  
den Rheingau hinunter erkennen. Gewiß wird man  
in einigen Ströme des Liberalismus noch lange  
an Temperament und Taktik die Herkunft  
der einzelnen erkennen. Doch das wird der  
Einigkeit und Stofkraft nicht den mindesten Schaden  
bringen. Im Gegenteil, wir werden in den Ufern  
und Strömen des Liberalismus, in der nötigen Maß-  
nahme aufeinander, bei der wir soviel von der  
Sozialdemokratie und dem Zentrum lernen können,  
einander beleben, ermuntern und verstehen lernen.“  
Das Programm, das jetzt geschaffen werden soll,  
verlangt und gewährt schon Spielräume.  
In der Tagespresse ist schon hingewiesen worden auf  
weitergehende Forderungen bezüglich des Gemeinde-  
wahrspruchs. Uns in Hessen interessiert auch die Frage  
der Wirtschaftspolitik. Es ist z. B. bekannt,  
das Harrer Kroll ein Gegner des aus dem  
Frankfurter Windsturmprogramm genommenen Satzes  
ist, welcher in der Richtung des Freihandels  
liegt. Es handelt sich hier um Meinungs-  
verschiedenheiten darüber, was im nächsten Jahr-  
zehnt an Gleichrichtung der Lasten unseres Volkes  
geschehen kann, ohne dem Bauernstande zu schaden. In  
dieser Frage der Wirtschaftspolitik werden die frei-  
sinnigen Gegner des Freihandels ihre Bemerkungen  
sicherlich zu erhalten wissen und für das  
Recht ihrer Überzeugung in der geeinten Partei ein-  
treten.“

Diese Meinungsverschiedenheiten, die hier eheulich  
ausgedrückt werden, sind bedauerlicherweise da, aber  
mit der Zeit werden sie sich überbrücken lassen.

## Zur Wahl in Eisenach

ist bekanntlich der Kandidat K rug als gemeinsamer  
liberaler Kandidat von den Freisinnigen abgelehnt  
worden, da dieser Herr Mitglied des Bundes der  
Landwirte ist. Interessieren dürfte noch, das dieser  
Beschluss von dem Verein der freisinnigen  
Volkspartei in Eisenach gefaßt worden ist, dem  
sich die Angehörigen der freisinnigen Vereinigung an-  
geschlossen haben, und das der Beschluß einstimmig  
erfolgte. Was war durchaus einig in der Auf-  
fassung, das ein Angehöriger des Bundes der Land-  
wirte von freisinniger Seite unter keinen Umständen  
auf Unterstützung zu rechnen habe, und man war er-  
staunt darüber, das die Nationalliberalen trotz ihrer  
bitteren Erfahrungen mit dem Bund der Landwirte  
wieder einen bündlerischen Kandidaten bräutchen. Es  
besteht eine Verabredung mit den Nationalliberalen,  
die auch von freisinniger Seite gern respektiert werden  
würde, wonach jetzt ein nationalliberaler, 1911 ein  
freisinniger Kandidat gemeinsam aufgestellt werden  
soll. Es wurde insofolgedessen, um diesen Vertrag nicht  
hinwählig werden zu lassen, von den Nationalliberalen  
energisch die Auffassung eines mehr links stehen-

den Kandidaten, am besten eines Jungliberalen,  
gefordert. Es wurde ihnen anheim gegeben,  
wiederum wie 1907 Herrn Archivrat Dr. Winter  
zu präsentieren.

Man wird anerkennen müssen, das die frei-  
sinnigen Eisenachs die politische Situation richtig er-  
kannt und daraus die nötigen Konsequenzen gezogen  
haben. An den Nationalliberalen ist es nun, die  
Möglichkeit gemeinsamen Zusammenwirkens zuzuschaffen.

Dieses wird um so nötiger sein, als, wie man hört,  
das Zentrum mit seinen 1500 Stimmen in Dorn-  
bach-Geisa bereits wieder für den Antisemiten ge-  
wonnen ist. Außerdem verlautet nach der „Eis.  
Tagespost“, das der Kandidat der Sozialdemokraten  
bei der Reichstagswahl dieses Mal nicht der  
Parteileiter Leber, sondern der Landtagsabgeordnete  
Hof-Gotha (bekanntlich Revisionist sein werde.  
Leber soll erst wieder bei den allgemeinen Wahlen  
aufgestellt werden, bei denen doch dann wieder in  
seinen alten Wahlkreise Gotha kandidieren wird. Der  
Kandidatenwechsel wird damit begründet, das man  
sozialdemokratischerseits hofft, Hof würden auch  
Stimmen linksliberaler bürgerlicher Wähler zu-  
fallen, was bei dem Parteileiter Leber kaum der  
Fall sein würde. — Um so notwendiger ist es jetzt,  
einen linksgerichteten Liberalen zu bringen, auf das  
die Spekulation der Sozialdemokraten zu Schanden  
wird. Das müßten doch auch die Nationalliberalen  
einsehen!

## Die erste staatliche Wertzuwachssteuer

gelangt, wie bekannt demnächst in dem Fürstentum  
Lippe zur Durchführung. Dieses Experiment ist von  
so allgemeiner Bedeutung, das einige Mitteilungen  
über seine Einzelheiten am Platze erscheinen.

Die lippsche Staatsregierung hatte auf Drängen  
des Landtags und der Stadt Salzaufen im  
Frühjahr dieses Jahres, also noch vor der Reichs-  
finanzreform, eine Wertzuwachssteuer ausgearbeitet,  
die lediglich den Gemeinden das Recht gab, eine Wert-  
zuwachssteuer nach bestimmten Grundätzen einzu-  
führen. Der Ausschuß, an den die Vorlage verwiesen  
worden war, und mit ihm der Landtag in seiner kürz-  
lich abgeschlossenen Herbsttagung, haben nun unter  
Führung des Reichs- und Landtagsabgeordneten  
Dr. Neumann-Hofer der Regierungsentwurf auf  
eine völlig andere Grundlage gestellt. Das neue  
Gesetz kombiniert die obligatorische staatliche mit  
einer fakultativen kommunalen Wertzuwachssteuer. Die  
Höchstsätze der in einem jeden einzelnen Fall zulässigen  
Wertzuwachssteuer sind jetzt gelegt auf 4—25% des  
Wertzuwachses, je nachdem dieser zwischen 10—15%  
schwankt. Von diesen Höchstsätzen fällt dem Staate,  
der das ganze Veranlagungsgeschäft zu befragen hat,  
der 4. Teil ab, während es den Gemeinden überlassen  
bleibt, die Steuer bis zur Höhe von 2/3 der Höchstsätze  
zu erheben. Die Städte, die im Fürstentum Lippe bis  
zu den kleinsten darunter den Landwirten nicht unter-  
stellt sind, können diese 75% voll für sich ausnutzen,  
während auf dem Lande eine Teilung zwischen den  
Ämtern (Reisen) und Dörfern gemeinden zu erfolgen hat.  
Die ersteren dürfen die Steuern bis zu einem Viertel,  
die letzteren bis zur Hälfte der Höchstsätze erheben. Die  
Steuer greift zurück auf alle Besitzwechsel, die seit dem  
1. Januar 1909 eingetretten sind; doch bleibt sie aus  
Billigkeitsrücksichten dann unerhoben, wenn der eigen-  
liche Verkauf bereits vorher stattgefunden hat. Bei  
der Ermittlung des früheren Wertes wird nicht über  
den 1. April 1900 zurückgegangen. Die Regierung  
hat sich mit dem so gestalteten Gesetze bereits einver-  
standen erklärt, so das in den nächsten Tagen seine  
Verkundigung erfolgen dürfte.

## Der Verkauf eines staatlichen Weinbergguts

an eine religiöse Gesellschaft, über den zur Zeit  
ängstlich Verhandlungen schweben, hat im Rheingau  
eine starke Beunruhigung erregt. Der „Frl. Bzg.“  
wird darüber geschrieben:

Unlängst ging die Nachricht durch die Tagesblätter,  
das fränkische Kloster Eberbach im Rheingau solle  
vom Fiskus an eine Erbsengesellschaft verkauft und  
seiner ursprünglichen Bestimmung wieder zugeführt  
werden. Die zum Kloster gehörigen Weinberge, hieß  
es weiter, werden zum Teil vom Fiskus zurückgehalten,  
es würde aber zu erwarten, die neuen Klosterinsassen  
würden weitere Weinberge anlegen und andere von  
der Bevölkerung kaufen. Die Nachricht hat in weiten  
Kreisen der Rheingauer Bevölkerung Staunen und  
auch Beunruhigung hervorgerufen. Man fragt sich,  
welche Gründe die Staatsregierung wohl bei dem  
Verkauf leiten mögen. Denn auf der einen Seite  
habe sie sich das Recht gesichert und dadurch auf der  
anderen Seite auch die Pflicht übernommen, darauf zu  
achten, das nicht zu viel Besitz in der toten Hand an-  
gekauft werde. Dieser Pflicht handle sie bei dem  
Verkauf von Eberbach an eine Erbsengesellschaft  
zujubere.

Wer die Verhältnisse im Rheingau kennt, der weiß,  
das Weinbergsland gesucht ist. Wenn die Staats-  
regierung die Nachfrage danach durch Verkauf an die  
tote Hand noch steigert, so ist das keine zu billige  
Maßnahme. Wenn dann weiter noch der Kauf von  
Weinbergen durch die Erbsengesellschaften in Aussicht ge-  
stellt wird, so soll das wohl heißen, ein weiteres  
Bauernlegen solle unter staatlicher Mitwirkung in die  
Wege geleitet werden. Dabei kann es der Staats-  
verwaltung aber nicht verborgen geblieben sein, das  
die Bewohner einzelner Rheingauorte heute schon kaum  
noch mehr sind, als Tagelöhner auf den Gütern ver-  
wendender auswärtsiger juristischer und physischer Per-  
sonen. Der Verkauf an die tote Hand kann und darf  
nicht erfolgen, da er gegen das allgemeine Wohl ver-  
stoßt. Es ist noch nicht lange her, das das fränkische  
Hofgut Marienhäuser bei Ahmannshausen an das  
bischöfliche Ordinariat in Ulmberg a. d. L. über-  
gegangen ist. Bei Göttingen-Radesheim ist das Kloster  
St. Hildegard neu entstanden. Das Kloster Mariental  
bei Johannisberg dehnt seine Räume aus. Der Staat  
hat bei der Verpfändung für Wein- und Gartenbau zu  
Geheimen weite Geldausflüsse erworben und seinen  
Besitz durch das fränkische u. Vahelche Gut erweitert.  
Dazu kommt, das der Staat schon immer allzu großen  
Grundbesitz im Rheingau hatte. Wenn jetzt der Staat  
etwas von diesem großen Besitz abstoßen will, so kann  
man das billigen, aber das kann man nicht gutheißen,  
wenn das Gelände nur an ein anderes Glied der toten  
Hand übergeleitet wird; dabei nimmt die Allgemeinheit  
Schaden.

Staatsoberständlich richten sich die lebhaften Bedenken  
lediglich gegen die weitere Vermehrung des Vermögens  
juristischer Personen, nicht etwa gegen die Erbsen-  
gesellschaft an sich. Sie werden deshalb auch von  
der gut katholischen Bevölkerung geteilt, die sich der  
Wahrnehmung nicht verschließt, das mit dem Über-  
gang der Güter in die tote Hand die Steuerkraft in  
der Gemeinde schwindet.

Wenn die Staatsregierung wirklich die eingangs  
erwähnte Pflicht hat, so ist es dringend zu wünschen,  
das sie von deren Durchführung Abstand nimmt.

## Zu dem deutsch-russischen Rechtsstreit

wird der „R.N. Bzg.“ offiziell aus Berlin telegraphisch:  
Nachdem die russische Regierung gegen die Beschlagnahme  
russischer Staatsgüter beim Kauf von belgischem Eisenbahn-  
erhalten hat, haben Beratungen zwischen dem Reichsgericht  
in dieser Angelegenheit stattgefunden. Es handelt sich um  
die Entscheidung der Frage, ob Deposits einer fremden  
Macht der Beschlagnahme in Deutschland unterliegen  
können, und es wird, wie bereits gemeldet, in dieser An-  
gelegenheit der Reichsgericht zur Entscheidung der Kompetenz-  
konflikte das letzte Wort zu sprechen haben. Da es sich hier  
in der Tat um eine sehr schwierige Frage des  
internationalen Rechts handelt, hat das  
preussische Ministerium des Innern den Kon-  
flikt erhoben, über dessen Zulässigkeit dann der Reichs-  
hof für Kompetenzkonflikte zu entscheiden haben wird. Bei  
diesem Verfahren kann von einem willkürlichen Eingreifen  
des Auswärtigen Amtes in die Zuständigkeit nicht die Rede  
sein, sondern alles würde sich nach den von der deutschen  
Regierung vorgegebenen Regeln vollziehen. Unter  
Fürst Bismarck ist schon einmal in ähnlicher

Weise vorgegangen worden, als Gläubiger des rumänischen Staates rumänische Staatsgelder in einer deutschen Bank mit Weislag belegen ließen. Auch damals wurde der Kompetenzkonflikt erhoben, und der Ausgang des Verfahrens war, daß die Weislagnahme als widerrechtlich erklärt wurde.

Der preussische Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, dem die Frage der Weislagnahme russischer Depots bei Menzelsohn & Co. vorgelegt werden soll, hat zum Vorsitzenden den Wirklichen Geheimen Rat Dr. Lucas, Direktor im Justizministerium, und zu Mitglidern 1. den Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat v. Bremen und Kultusministerium, 2. Geheimen Oberregierungsrat Wesener vom Sandwirtschafministerium, 3. Geheimen Oberregierungsrat Weidom vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, 4. Geheimen Oberjustizialrat Wagner, Staatspräsidenten am Kammergericht, 5. Günther, Staatspräsidenten am Kammergericht, 6. v. Gersdorff, Geheimen Oberregierungsrat vom Ministerium des Innern, 7. Falkmann, Staatspräsidenten am Kammergericht und 8. 9. 10. die Kammergerichtspräsidenten Geheimen Justizräte Dr. Bauer, Weisfelder und Wiener. Der Gerichtshof entscheidet in der Besetzung von sieben Mitgliedern. Der Kompetenzkonflikt kann nicht erhoben werden, wenn die Zulässigkeit des Rechtsganges in dem Rechtstitel erlassenen Urteil vorläufig vollstreckbar, so hat das Gericht, bei welchem die Sache anhängig ist, die einstweilige Einstellung der Zwangsverfügung von Amts wegen anzuordnen. Gegen diese Entscheidung findet kein Rechtsmittel statt. Wird der Rechtsweg für zulässig erkannt, so ist die Entscheidung von Amts wegen wieder anzuhängen.

Die russische Regierung hat sich, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, bereit erklärt, die Ansprüche des Herrn v. Helfferich durch ein Schiedsgericht feststellen zu lassen.

## Politische Uebersicht.

Das Auswärtige Amt wehrt sich gegen Vorwürfe der Alldeutschen. In der Nordd. Allg. Ztg. lesen wir: Die „Friedliche Rundschau“ veröffentlicht unter der Überschrift „Cris Germaunum“ eine Darstellung des Falles des Vizekonsuls Rudolf Bach aus Venezuela, die einen Beweis dafür erbringen soll, daß das Auswärtige Amt deutsche Rechtsansprüche im Ausland schuldig lasse. Der Artikel beginnt mit der Behauptung die Firma Renschhausen in Zanger habe ihre Geschäfte an Germaun veräußert, weil es sich für Germaun nicht mehr lohnt im Vertrauen auf den Schutz des Reiches zu arbeiten“. Ferner wird gesagt, der Gesandte von Vlgiria sei auf einen roten Winkel abgehoben und habe Caracas mit Cetine vertauschen müssen, weil er sich in der Verleumdung deutscher Interessen zu stark gegeben habe. In Wirklichkeit hat Herr v. Vlgiria Caracas veräußert, weil es sich für Germaun nicht mehr lohnt im Vertrauen auf den Schutz des Reiches zu arbeiten“. Ferner wird gesagt, der Gesandte von Vlgiria sei auf einen roten Winkel abgehoben und habe Caracas mit Cetine vertauschen müssen, weil er sich in der Verleumdung deutscher Interessen zu stark gegeben habe. In Wirklichkeit hat Herr v. Vlgiria Caracas veräußert, weil es sich für Germaun nicht mehr lohnt im Vertrauen auf den Schutz des Reiches zu arbeiten“.

**Oesterreich-Ungarn.** Die ungarische Krift wird ins neue Jahr hinübergeschleppt. Der befristete Ministerpräsident von Luga ist von Wien nach Budapest zurückgekehrt. Er ist vor seiner Abreise noch ein zweites Mal vom König empfangen worden und hat nach der Findung den Vertretern der Presse mitgeteilt, seine Stellung als befristeter Ministerpräsident habe sich nicht verändert. Da die Kombination einer Kabinettsbildung mit Zuzug geschleiert sei, so werde er nimmer mit anderen Parteien in Verbindung treten. Aber die Audienz zu sich selbst im König verlor, Zuzug habe als Grundlage seiner Kabinettsbildung die grundsätzliche Zustimmung des Königs zur Zoll- und Währungsvereinbarung gefordert, was der König ablehnte.

**Belgien.** Das belgische Königspaar wird, sobald die Hoftrauer beendet ist, mit seinen Anwesenheiten beginnen. Zunächst soll der Hofball, dann der Berliner Hof besucht werden, schließlich Paris und London. Die Königin Wilhelmine wird, wie es heißt, den Besuch zur Zeit der Reichsfeier Weltausstellung erwidern.

**Frankreich.** Der Schluß der Parliamentssession ist am Donnerstag erfolgt, ohne daß das Budget fertig geworden wäre. Die Deputierten kamen erst hat, nachdem mitgeteilt, zwei provisorische Budgetabwästel bewilligt. — Der Senat hat dem von der Deputiertenkammer bereits angenommenen Besetzungswort zugestimmt, nach welchem die Stadt Paris zur Aufnahme einer Anleihe von 800 Millionen Francs ermächtigt wird. Sodann bewilligte der Senat einstimmig zwei provisorische Budgetabwästel. Weltministerin Werhous brachte zum Schluß den Gesetzentwurf, betreffend die Abwägung der Eisenbahn, ein und verlas das Dekret über den Schluß der Tagung des Senats. — Am Donnerstag kam es in Lyon zwischen ausführenden Führern, die vor mehreren Fabriken Kundgebungen veranstalteten, und

berittenen Munizipalgardisten zu Zusammenstößen. Zahlreiche Auswärtige wurden niedergeworfen und verletzt. Auch mehrere Gardisten wurden durch Steinwürfe verwundet. Die neue Marschallkette, die Bluthaus vollständig, die Weislagnahme reichs bringt, wird Ende Januar in Paris ausgegeben werden.

**Rußland.** Der Kaiser und die Kaiserin sind am Freitag, nachdem das Gesandnere mit der Beilage des Großfürsten Michael Nikolaiewitsch in Semastopol eingetroffen ist, mit ihren Kindern nach Jaroslaw Selo abgereist. — Die Weislagnahme ist am Freitag des Wahngeschehens durch Erlass des Kaisers bis zum 2. Februar verlag worden. — Boykott der polnischen Industrie durch russische Staatsbedürden. Das Petersburger Verkehrsministerium hat kürzlich die gewaltigen Lieferungen für die Wegung des zweiten Geleises der großen sibirischen Eisenbahn vergeben. Sämtliche Schienenlieferungen sind nach Noramarka gefallen. Die Linsen, Platten und Schrauben sowie sonstige Zubehöreite haben große Werte im Ural nach in Sibirienland erlitten. Nach Russisch-Polen ist nichts geflossen. Als seinerzeit die Lieferungen für das erste Geleise der sibirischen Eisenbahn vergeben wurden, fiel der Löwenanteil auf Firmen in Russisch-Polen. Außerdem hat jetzt die russische Regierung für die neue Umrandung nicht weniger als 888 000 Rubel Schienenlieferungen vergeben. Hieron ist die Hälfte ein Rubel nach Russisch-Polen geflossen. Weiter hat das russische Kriegsministerium, das sonst für Ausrüstung des russischen Militärs große Aufträge nach Warschau, Tomaszow und Warschau in Russisch-Polen gab, diesmal keine einzige Firma in Polen berücksichtigt. Alle Aufträge sind nach dem ehemaligen Ausland gemandert.

**England.** Der Graf v. Soudor, der unter der unkonventionellen Regierung der Admiralität war, wiederholte dieser Tage in einer Wahrede seine Erklärung, daß es unter dem Homeoffice, das Premierminister Asquith bestrafte, nichts geben würde, was Selbst davor schützen könnte, eine Operationsbahn für Deutschland zu werden. — Der Erste Lord der Admiralität Welskenna sagte in einer Rede, die er in Devonport an die Öffentlichkeit hielt: Ich weiß nicht, weshalb die öffentliche Meinung auf eine große und befremdliche Macht haben, deren Wirksamkeit sich gegenwärtig vorstellt. Jedoch bin ich sicher, daß sie auf die Denkmäler der Bevölkerung Englands sehr wenig Eindruck gemacht haben. Es ist mir noch weniger zweifelhaft, daß sie keinen Einfluß auf die Stimme eines einzelnen Wählers hatten. Weshalb sollten sie auch haben? Wenn ich sie auch wieder ein wenig in die Öffentlichkeit bringe, noch durch mich nicht der Fall ist, so werden die Leute sich vor Augen halten, daß bei der Krone zu Wasser und zu Lande zur Verfügung stehenden Vorräten keine noch allgemeinerer Urteil heutzutage mächtiger und wirksamer sind, als jemals im Laufe der Geschichte.

**Türkei.** Die türkische Kabinettskrift ist noch nicht eingekommen. Nach einer Beratung der Kabinettsmitglieder über die von dem Herrn v. Helfferich gemachten Bedingungen fand am Donnerstag auf der Worte ein Ministerialrat statt, nach dem Herr v. Helfferich die Verhandlungen telegraphisch nach Konstantinopel berufen wurde. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bestehen die von Herr v. Helfferich gestellten Hauptbedingungen in der Forderung, daß die Fortsetzung des Belagerungszustandes in der Türkei nicht nur von den Militärgewalten, sondern von den Zivilbehörden ausgeht werden solle, ferner, daß der Fortschritt in nachhängig erteilt werden könne. Die jüngst türkische Partei verlangte hingegen, daß die Mitglieder des Kabinetts ihrer Partei entnommen werden. Nach der von den Jungtürken beschlossenen Ministerliste sollen die Minister des Innern, des Aßern, der Finanzen und der Justiz ihre Parteilichkeit behalten; zum Kriegsminister ist der Wali von Smyrna, Mahmud Nuri Pascha, zum Marineminister der Vizekonsulgeneral Riga, zum Vizekonsul der Deputierte für Saloniki, Nafisi, auszuwählen. Der Leiter der Getraideaktion, Eschad, ist zum Schah El Islam ernannt worden. Am Freitag ist von Herr v. Helfferich ein Telegramm eingetroffen, in welchem er sich grundsätzlich mit der Ansicht der jungtürkischen Partei ab und vom ihm gestellten Bedingungen einverstanden erklärt und seine Abreise von Rom für den 4. Januar anständig. Hilmi Pascha, der bisherige Großvezir, ist, wie „Zem Gasetta“ meldet, zum türkischen Botschafter in Paris auszuwählen.

**Griechenland.** Oberst Konstantinos ist zum Kriegsminister ernannt worden. Eine Gruppe von Abgeordneten hat der Regierung einen Antrag vorgelegt, wonach diejenigen Offiziere, die im Laufe des Jahres 1909 ihren Abschied genommen haben oder auf ihren Antrag zur Disposition gestellt worden sind, von der Regierung wieder eingeehrt werden dürfen falls diese ihre Wiederbeschäftigung im Interesse der Armee für nützlich erachtet.

**Italien- und Südamerica.** Nach Berichten Norddeutscher Zeitungen mit Hilfe die Initiatoren zur Gründung eines Bundes der Republiken Mittel- und Südamerica ausgehen.

## Deutschland.

Berlin, 3. Jan. Zum Neujahrsempfang bei Hofe trat der Kaiser am Sonnabend vormittags bei 9 Uhr vom Neuen Palais her im Automobil in Berlin ein, die Kaiserin um 9 Uhr 22 Minuten im Sonderzuge auf dem Potsdamer Bahnhof, von wo sie sich im Galawagen nach dem Schlosse begab. Das Kaiserpaar wurde vom Publikum lebhaft begrüßt, ebenso die Prinzen und Prinzessinnen. Während der Kaiser und die Kaiserin im Schlosse die Neujahrswünsche des königlichen Hauses und der Hofstaaten entgegennahmen, erfolgte die große Anstalt der Fürstlichkeiten, der Generalität, der Staatswundärträger und der Hofchargen. Die Schloßgarde Kompagnie formierte sich, die Galawagen der Gardebudens und die sogenannte Leibgarde der Kaiserin rückten an. Um 10 Uhr begann in der Schloßkapelle der feierliche Gottesdienst. Die Hoftrauer war für heute abgesetzt, und so bot die markornschimmernde Halle das bekannte glänzende Bild. Es verammelten sich die Mitglieder des hohen Adels, der Reichskanzler in Dragoneruniform und die Bevollmächtigten zum Bundesrat, die Generalität und Admiralität mit den

General-Feldmarschällen Grafen Haeseler und von Hahnle an der Spitze, die Ritter des Schwarzen Adlerordens, die Kommandeure der Leibregimenter, die Staatsminister, Staatssekretäre, Wirklichen Geheimen Räte und die Räte erster Klasse, sowie die Präsidenten des Reichstags und beider Häuser des Landtags. Die Hofgesellschaft stand am Altar. Der Domchor, geleitet von Professor Häbel, stimmte a capella den 98. Psalm an (Singet dem Herrn ein neues Lied), als der Hof unter Vorantritt der Pagen und der Herren des großen Vortritts seinen Einzug hielt. Das Kaiserpaar nahm dem Altar gegenüber Platz, die Fürstlichkeiten ihm zur Seite, hinter ihm Prinz Joachim, Prinz Friedrich Wilhelm, Prinz Karl von Hohenzollern, Prinz Georg von Griechenland und die drei jungen Söhne des Prinzen Friedrich Leopold. Nach Gebetsbesung und Liturgie, die der Visehofchor begleitete, sang der Domchor Herr Gott, Du bist unsere Zuflucht für und für“. Oberhofprediger D. Dyander predigte aber das vom Kaiser ausgesuchte Lektortext Johannis 1, 4: „In ihm war das Leben, und das Leben war das Licht der Menschen.“ Der Gottesdienst schloß mit dem Niederländischen Dankgebet. Unter den Klängen des „Wilhelmus von Nassau“ begab sich Johann der Hof in feierlichem Zuge nach dem Weißen Saale, wo die Schloßgarde-Kompagnie unter Oberstleutnant von Friedeburg präsenzierte. Hier begann nach 11 Uhr die Gratulations-Defiliercor beim Kaiserpaar, während die Leibbatterie die 1. Garde Feldartillerieregiments im Fußgänger Salut schloß. Der Kaiser und die Kaiserin traten vor die Stufen des Thrones, neben dessen beiden Thronsitzen zwei Leibpagen Weiße hielten; der Kronprinz und die anwesenden Prinzen traten rechts, die Prinzessinnen links neben den Thronhimmel. Geleitet vom Oberstleutnant Fürsten Golumbs-Barth und dem Oberhofmarschall Grafen Selenburg, befristeten die zur Cour befohlenen Herren nach den Klängen der Musik. Der Kaiser reichte dabei dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg die Hand. Am die Hofschloß lag der Empfang der Botschafter, die mit ihren Staatskarossen inzwischen ins Schloß eingefahren waren, sowie der Staatsminister, der kommandierenden Generale und der Admirale. Später begaben sich der Kaiser und die Prinzen nach dem Zeughaus, vor dem eine Ehrenkompagnie des Alexanderregiments stand. Im Zeughaus fand die Nagelung und Weiße der neuen Fahnen der 3. Bataillon des 5. hannoverschen Infanterieregiments Nr. 165 und des 2. oberpreussischen Infanterieregiments Nr. 171, sowie des 2. Nassauischen Bionierbataillons Nr. 25 statt. Nach der Parole-Ausgabe nahm der Kaiser militärische Meldungen und die Rapporte der Leibregimenter entgegen und nahm den Paradebericht der Ehrenkompagnie und der Salutbatterie ab. An der Frühstückstafel nahmen außer den im Schloß wohnenden Prinzen und der Prinzessin Viktoria Luise Herzog Albrecht von Württemberg, Prinz Rupprecht von Bayern und das Gefolge vom Dienst teil. Nach dem Frühstück empfing der Kaiser das Direktorium der königlichen Porzellan-Manufaktur. Nachmittags fuhr er bei den Botschaftern vor. Am Abend war beim Kaiserpaar am Schlosse Familienfest für die hier anwesenden Fürstlichkeiten. Um 8 Uhr war im königlichen Opernhaus auf des Kaisers Befehl Theaterpaar angefast. Gegeben wurde Donizetti's „Die Tochter des Regiments“. — Der Kaiser folgte gestern mittag 1 Uhr einer Einladung des Chefs des Marineministeriums Generaladjutanten Vizeadmirals von Müller zur Frühstückstafel.

(Verlobung im Preussischen Königs-haus.) Der dritte Sohn des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen hat sich mit der ältesten Tochter des Herzogs Viktor von Ratibor Prinzessin Agathe von Ratibor und Corvey verlobt. Der Kaiser gab die Verlobung bei dem Familienfest am Neujahrstage im königlichen Schlosse bekannt. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen wurde am 12. Juli 1880 in Rameng geboren und ist der dritte und jüngste Sohn des 1906 verstorbenen Prinzen Albrecht, Regenten von Braunschweig, und der 1898 verstorbenen Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg. Die Prinzessin Agathe von Ratibor ist am 24. Juli 1888 zu Schloß Rauden bei Ratibor in Schlesien geboren, also 21 Jahre alt, und die älteste Tochter des Herzogs Viktor von Ratibor, Fürsten von Corvey und Prinzen zu Hohenlohe-Schillingfürst (Neffen des Reichskanzlers Fürsten Gledow-Hohenlohe), aus dessen Ehe mit der Gräfin Marie Brummer-Entenowitz. Die künftige Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen ist, wie ihre Eltern, la katholische Glaubens.

(Ordnungsvereinigungen.) Der „Reichsanzeiger“ meldet die Verleihung der Rettungsmedaille am Bande an den Prinzen Heinrich der Niederlande, sowie die Verleihung des Kronenordens erster Klasse an den Reichsbanpräsidenten Wirklichen Geheimen Rat Habenstein.

(Chinesischer Besuch.) Am 7. Januar trifft der chinesische Prinz Tsaisinn, ein Bruder

des Prinzregenten und Onkel des jungen Kaisers, in Berlin ein. Sein Geolge bildet die zum Studium der europäischen Marineeinrichtungen entsandte Kommission, mit der sich der Prinz nach kurzem Aufenthalt in Berlin nach Kiel begibt.

— (Die Neuwahlen für den anhaltischen Landtag), die zum ersten Male nach dem neuen Wahlgesez stattfinden, sind auf den 14. April 1910 angesetzt worden.

— (Der braunschweigische Landtag) ist auf den 25. Januar einberufen worden.

— (Begnadigungen) haben, wie dem „Frank. Kur.“ aus Berlin geschrieben wird, anlässlich des Weihnachtsestes nicht weniger als neun deutsche Bundesfürsten ausgesprochen. Vom König Friedrich August von Sachsen wird mitgeteilt, daß er die am heiligen Abend von ihm ausgesprochenen 34 Begnadigungen aus eigenem Antrieb ohne vorherigen Bericht des Justizministers verfügt habe. Die „Köf. Ztg.“ macht im Anschluß daran aufmerksan, daß in Preußen Gnadenakte zum Weihnachtsest nicht verfügt werden, wie denn der Kaiser im allgemeinen mit Beanabildungen außerordentlich sparsam

ist. Wie noch erinnerlich, ist weder am Tag seiner silbernen Hochzeit, an der befanntlich auch die Vermählung des Prinzen Eitel Friedrich stattfand, noch gelegentlich seines 50. Geburtstages oder der Hochzeit des Kronprinzenpaars und des Prinzen August Wilhelm ein Gnadenakt verfügt worden.

— (Zu den Beamtenmaßregelungen in Kattowitz) teilt die „Ztg. d. Ver. D. Eisenb.-Berm.“ mit, daß auch Eisenbahnbeamten, welche bei der Stadterordnetenwahl polnischen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben, eine amtliche Verwarnung zugegangen ist, die ungefähr folgenden Wortlaut hat: „Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die in den Ostmarken angestellten Beamten auch durch ihr gesamtes außerdienstliches Verhalten dazu beizutragen haben, das deutsche National- und vreußische Staatsbewußtsein in der Bevölkerung dieser Provinzen zu stärken und lebendig zu erhalten. Demgemäß muß auch von allen Beamten eine entschiedene Abwehr deutschfeindlicher Bestrebungen verlangt werden. Diefen ernststen Verpflichtungen widerspricht das öffentliche Eintreten für Anhänger der großpolnischen Parteien, deren Absichten und Bestrebungen in

scharfem Gegensatz zu den Aufgaben und Zielen der Reichs- und Staatregierung stehen. Ich muß von dem meinem Ressort angehörigen Beamten erwarten, daß sie sich diese Pflichten in vollem Umfange gegenwärtig halten und sich weder zu bewußter noch zu fahrlässiger Begünstigung von Personen großpolnischer Richtung im öffentlichen Leben verleiten lassen. Ihr Verhalten bei den städtischen Wahlen in Kattowitz hat dem nicht entsprochen und veranlaßt mich dazu, die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß Sie Ihre staatlliche und amtliche Stellung künftighin gewissenhafter wahren werden.“

**Reklameteil.**

Das neue Jahr soll uns was Gutes bringen. vor allem natürlich Gesundheit. Wer aber gesund bleiben will, muß sich sorgsam vor Erkältung hüten, und wer sich nicht erkalten will, muß vorbeugend das ächte Sodener Mineral Wasser gebrauchen. Vorhandene Naturade befechtigen die Sodener schnell und ohne jede Belästigung. Dabei sind sie billig: 85 Pfg. die Schachtel, die man in Apotheken, Drogerien etc. erhalt.

**Mein diesjähriger**

# Räumungs- Ausverkauf

hat begonnen. Zum Verkauf gelangen:

**Große Posten Damen-Kleiderstoffe, Damen- u. Mädchen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderobe, =Paletots, =Joppen, Anzüge, Tisch- und Tafelzeuge, Wäsche und Aussteuer-Artikel, Teppiche, Gardinen**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Kette und Coupons aller Warengattungen besonders billig.

## Otto Dobkowitz, Merseburg, Entenplan 11.

**Germ. Fischhandlung**  
empfehlst  
**Schellfisch, Kabeljau, Schollen, Zander.**  
Feinste Kieler Bücklinge  
geräuch. Schellfisch, Flundern, Lachsgeringe, Bratheringe, Carbinen, Fischkonserven, Zitronen, Datteln, Feigen.  
W. Kähler.

**Unübertroffen**  
bei Drüsen, Scropheln, Blutarmit, Engl. Krankheit, Hals-, Lungenkrankheiten, Husten, zur Kräftigung schwächlicher Kinder  
empfehle eine Kur mit  
**Lahusen's Jod-Eisen-Lebertran**  
Marke „Jodelle“  
Der beste, wirksamste, beliebteste Lebertran. Weicht zu nehmen nur zu verzehren. Preis RM 2,30 und 4,60. Weilen Sie Raachbismann und die Pharmazie-Apotheker **Wilh. Lahusen** in Braunschweig, Dom- und Stadt-Apotheker.

Gegen viele Hautleiden, wie jauchende Dermatitis, Schuppen  
**Flechte**  
(Pityriasis), Schorfhaut des Kopfes und Gesichtes, Hautjucken, einfache, eitrige und entzündliche Aene (Weißspizel), Parustafeln, Jchtyosis, Prurigo der Kinder, etc. etc. (aus. Knötchen) usw. verordnet Dr. med. S. Spitzlauer für Hautl., mit bestem Erfolg **Juckers Pflaster-Mittel** (siehe a. St. 60 Pf. (15%ig) und 1,50 RM. (35%ig, Stärke Form), im Verein mit **Jugend-Creme** 75 Pf. und 2 RM. Bei **Dup. Riessig** und **Rig. Suder**.

**Geschäfts-Übergabe.**  
Mit dem heutigen Tage übergab ich das  
**Damen- und Herren-Friseur-Geschäft**  
**Gotthardstrasse 29**  
an den Damen- und Herren-Friseur **Paul Brandt**. Für das in so reichem Masse geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, daselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen und zeichne mit aller Hochachtung  
**Wilh. Teichmüller, Friseur.**

Höflichst bezugnehmend auf obige Anzeige bitte ich ergebenst, das Herr **Teichmüller** geschenkte Wohlwollen und Vertrauen auch mir zu teil werden zu lassen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die mich besuchenden Damen und Herren, wie es mein Vorgänger getan, pünktlich und gewissenhaft zu bedienen. Mein Lager an Parfümerien usw. wird stets reichhaltig assortiert sein und sämtliche Haararbeiten werden stets sauber und in kürzester Zeit ausgeführt. Bei alledem erlaube ich mir aber, Sie auf meine äusserst kulanter Bedienung aufmerksam zu machen und bitte daher freundlichst um Unterstützung meines neuen Unternehmens.  
Mit vorzüglicher Hochachtung

**Paul Brandt, Damen- und Herren-Friseur.**  
Langjähriger früherer Damen- und Herrenfriseur bei dem Hoffriseur S. K. Hohbit dem Großherzog von Schweden, S. K. Hohbit dem Prinzen Helorich der Niederlande, S. Hohbit dem Herzog Johann Albrecht, Regent von Braunschweig, und L. K. K. Hohbit der Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preussen.

**Eine Viertel-Aktie**  
der **Schiffleder-Zuckerfabrik**  
sodort zu verkaufen. Näheres bei **L. Nürnbergger**, Viehhandlung, Merseburg, Westentfer Straße 6.

**Grüne Heringe**  
Jeden Dienstag u. Freitag frisch eintreffend.  
**Frau Anna Wippich, Johannisstrasse 2.**  
Marktstand: Borschus-Berlin.

**Fast neues Vertikow**  
billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

**Ein gut erhaltener Flügel**  
billig zu verkaufen  
**Galleische Straße 6, 1. Etz.**

**Fleischerlehrling**  
Incht Eltern  
**K. Schenke**, Fleischermeister, Friedr.straße.

Donnerstag den 6. Januar  
**Monats-Berammlung**  
in **Sachse Restaurant**  
Der Vorstand.

**Einen Tischlerlehrling**  
Incht  
**C. F. Halprieht**,  
Grüne Straße 2.  
Ende Juni 1. April  
**klätige Drechslerfamilien**  
mit Soligänger bei 2 RM. Tagelohn, freier Wohnung und Kartoffelstand.  
**Rittergut Runstedt**,  
Vork- und Pflanzgarten Grantleben.  
J. von Halldorfsche Gutsverwaltung.

**Suche f. Hof- u. später f. gute Stellen**  
Köchin, Stuben- und Hausmädchen, auch f. größere Güter, Wittibkaterin auf Land, ältere und jüngere Mädchen für hier und auswärts, sowie Burfchen und Landmädchen bei hohem Lohn.  
**Frau Henriette Langenheilm**,  
Stellensvermittlerin, Schmale Straße 18.  
**Gwdieble** ordentl. Arbeiterfamilie m. g. D. D.

**Aufwartung**  
gesucht von  
**Ingenieur Schluss**, Am Bahnhof 1.  
Junges Mädchen als

**Aufwartung**  
für den ganzen Tag sofort gesucht  
An der Seite 3. port.

**2 große Hunde**,  
rotfchwarz, Hund- und Hündin, leisterer tragend, sind abzugeben gekommen. Wiederbringer erhält gegen Rückgabe Belohnung  
**Gotthardstraße 29.**



# Verkauf im Preise zurückgesetzter Waren.

Derselbe bietet Gelegenheit zum Einkauf von Waren, von denen geschlossene Sortimente nicht mehr vorhanden sind und die beim Dekorieren oder am Lager etwas gelitten haben zu

**außergewöhnlich billigen Preisen.**

Ich empfehle besonders

**Herren-Oberhemden,  
Herren-Taghemden,  
Herren-Nachthemden,  
Herren-Unterzeuge,  
Kragen u. Manschetten,  
Krawatten.**

**Damen-Taghemden,  
Damen-Nachthemden,  
Damen-Beinkleider,  
Damen-Röcke,  
Schürzen aller Art,  
Bett-Wäsche,**

**Tischwäsche,  
Handtücher,  
Bettdecken,  
Steppdecken,  
Schlafdecken,  
Gardinen.**

## Wäschehaus *Adolf Schäfer.*

Fernsprecher 259.

Entenplan 7.

**Langstiefeln  
und Halbstiefeln**  
von gutem Rindleder,  
bester Arbeitstiefeln, empfiehlt in großer  
Auswahl  
**R. Schmidt, Markt 12.**

**Zur Verein  
Nothstein**  
Die  
**Turnstunden**  
finden jetzt wieder  
regelmäßig Dienst-  
tag und Sonntagabend  
im „Casino“ statt.  
Anmeldungen  
werden beliebig an-  
genommen.  
**Der Vorstand.**

*„Held“*

**Dienstag den 4. Januar 1910,  
abends 9 Uhr,  
Jahres-Haupt-Versammlung.**  
Von 8-9 Uhr Abendskunde.  
Jahresliche Beteiligung erwünscht.  
**Der Vorstand.**

**General-Versammlung  
der Maurer-Gräbniß-Kasse  
zu Merseburg**  
**Sonntag den 9. Januar,  
nachmittags 3 Uhr,**  
im Restaurant „Zur guten Luise“.  
**Tagesordnung:**  
Festsetzung.  
Wahl des Vorstandes.  
Berichtes.  
**Der Vorstand.**

**Bauern-Verein  
Merseburg und Umgegend.**  
**Versammlung**  
**Mittwoch den 5. Januar 1910,  
nachmittags 3 Uhr,**  
im „Kraut“.  
**Tagesordnung:**

1. Geschäftliche Mitteilungen.
  2. Vortrag: „Die Selbstarbeit der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer und die Notwendigkeit von Haftpflichtversicherungen“. Referent: Beamter der Landwirtschafskammer.
  3. Mitteilungen über „Feldbildungsgang“.
  4. Anträge und Wünsche.
- Zu dieser Versammlung laden wir die geehrten Mitglieder hierdurch ergebenst ein.  
**Der Vorstand.**



**Merseburg. Casino.**  
Dienstag den 4. Januar abends 8 1/2 Uhr  
Einmaliges Gastspiel der beliebten  
**Mensel-Fänger.**  
Die beste und unbrotföhlliche Leipziger Herrengesellschaft mit  
ihrem grossartigen Weihnachtsprogramm.  
Eintree 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Vorverkauf 40 Pf. bei Herrn Kaufmann Schurig, im  
Zigarengeschäft des Herrn Altendorf und im Casino.

### Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß der in der General-Versammlung vom 12. November 1909 beschlossene Nachtrag zum Statut die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses erhalten hat und mit dem 1. Januar 1910 in Kraft tritt.

Der § 21 a lautet:  
Für die im Haushalte der Kassenmitglieder lebenden Ehefrauen und die ehelichen oder solchen gesetzlich gleichgestellten Kinder bis zu 14 Jahren (oder bis zur Vollendung der gesetzlichen Schulzeit), sofern dieselben vom Kassenmitglied erhalten werden, wenn diese Familienangehörigen nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen und wenn das Mitglied der Kasse 8 Monate angehört hat, werden folgende Sterbegelder gewährt:

Das Sterbegeld beträgt bei dem Tode:

wenn das Mitglied	der Ehefrau Mark	eines Kindes	
		von 5 bis 14 Jahren Mark	bis zu 5 Jahren Mark
a) zu Klasse 1 gehört . . .	25,—	15,—	10
b) zu Klasse 2 gehört . . .	25,—	15,—	10
c) zu Klasse 3 gehört . . .	25,—	15,—	10
d) zu Klasse 4 gehört . . .	30,—	18,—	12
e) zu Klasse 5 gehört . . .	37,50	22,50	15
f) zu Klasse 6 gehört . . .	45,—	27,—	18
g) zu Klasse 7 gehört . . .	52,50	31,50	21
h) zu Klasse 8 gehört . . .	60,—	36,—	24

Merseburg, den 31. Dezember 1909.

**Der Vorstand.**

Paul Thiele, Vorsitzender.



Von Dienstag den 4. d. M. ab steht  
wieder ein Transport aus erster Hand  
**prima belgischer Pferde**  
leicht u. schweren Schlages bei mir zum Verkauf.  
**H. B. Krommer, Merseburg,**  
Halleische Straße 10/12, gegenüber der Post.  
Ede Personendampfb. Telefon Nr. 367.



**Donnerstag und Freitag**  
den 6. und 7. d. M. treffe ich mit grossem Transporte  
allerschwerster dänischer u. holsteiner  
sowie 1 a. belgischer (Lütticher) Pferde  
in allen Farben zu soliden Preisen ein.  
**Halle a. S.,  
Zeltstr. 8.**  
**Fr. Zwicker.**

Tel. 2921.

**Göhlitzsch.**  
Vorläufige Anzeige.  
Sonntag den 9. Januar 1910  
**Maskenball,**  
womzu freundlichst einladet  
**K. Brenner, Gärtner.**

**Goldener Löwe.**

Dienstag  
**Schlachtfest.**

**Goldne Angel.**

Mittwoch  
**Schlachtfest**

**Hubold's Restauration.**

Freitag  
**Schlachtfest**

Dienstag  
**frühe hausl. Bück.**

**Ernst Vogel, Dachdecker.**

**Rechtechnischen Privat-Abendunterricht,**  
auch Zeichenunterricht.

erteilt Fachmann. Offerten unt. N. 74  
postlagernd Merseburg.

**Einen Lehrling**

sucht zu Oheim  
**Bernh. Deike, Bäderstr., Monstr. 2.**

**Glaserlehrling**

sucht für 1. April 1910  
**Albert Junge, Glasermesser.**

**Einen Bäckerlehrling**

sucht **Alberts, Gottfardstraße.**

**Eine perfekte Köchin,**

die auch Hausarbeiten mit übernehmen  
muß, wird wegen Verheiratung der jetzigen  
per Februar 1910 gesucht.  
Frau **Rich. Dietrich, Oberaltenburg 11**

**Dank.**

Für die Weihnachts-Spenden, die mir,  
zum Teil von unbekannter Hand, für die  
Armenbesorgung unseres Jungfrauenvereins  
eins dargereicht worden sind, spreche ich  
hierdurch allen gütigen Gebern herzlichsten  
Dank aus. Mehr als 60 Bedürftigen, zu-  
meist Witwen, hat eine Weihnachtsfreude  
bereitet werden können.

Gleichzeitig sage ich für freundliche  
Gaben, die mir für Anhalten der inneren  
— auch der äußeren — Mission übergeben  
wurden, besten Dank. Nicht zum wenigsten  
gehört Dank auch den Redaktionen unserer  
blühenden Blätter für unentgeltliche Auf-  
nahme der betr. Inserate.

**Delius, P.**

**Gleize eine Beilage.**

## Gesamtanschuß des Hanja-Bundes.

Der Gesamtanschuß des Hanja-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie, derjenige Verwaltungsorgan des Bundes, welcher neben dem Präsidium und Direktorium kraft Delegation der Beteiligten, also auf breiter volkstümlicher Basis mitzuwirken hat an den Arbeiten des Bundes, ist nunmehr gebildet. Er zählt mit dem Recht der Zutritt zur Zeit 456 in Gewerbe, Handel und Industrie tätigen Persönlichkeiten, die teils von ihren Berufsgenossen an die Spitze der großen gewerblichen Verbände berufen worden sind, oder die sich sonst als besonders geeignete Vertreter der berechtigten Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie bewiesen und demüht haben. Zum ersten Male sehen wir die Führer der Großindustrie und des Großhandels, des Klein- und Großhandels, der Klein- und Mittel- und Geschäftsbetriebe, der Arbeiter und der Vertreter der Angestelltenverbände und Angestellten zu gemeinsamer Arbeit vereint. Aus den Kreisen der Industrie zählen wir 189 Vertreter, der Handel stellt 124 Herren, von denen 55 dem Detailhandel angehören. Diese in Verbindung mit 76 Vertretern von Handwerk und Kleingewerbe bilden die Gesamtvertretung des Mittelstandes. Die 41 Angestelltenvertreter endlich sind von den Angestelltenverbänden und sonstigen maßgeblichen Gremien in den Gesamtanschuß entsandt worden. Die Konstituierung dieses

„Parlamentes des werktätigen Bürgertums“ bedeutet den Beginn einer planmäßigen Geltendmachung der wohlbegründeten Ansprüche des werktätigen Bürgertums und des Bürgertums überhaupt, auf eine gleichberechtigte Stellung in unserem Staatsleben. Man darf erwarten, daß diese Männer, die sich im wirtschaftlichen Leben und als Wortkämpfer ihrer Berufsgenossen bereits ausgedeutet haben, im Gesamtanschuß des Hanja-Bundes die richtigen Mittel und Wege zu finden wissen, um der werktätigen Arbeit endlich den Platz zu erkämpfen, der ihr gebührt.

Die Komplex des Berufsgenossen der Mitglieder des Gesamtanschußes sind auf Wunsch in beiliegiger Form in der Geschäftsstelle des Hanja-Bundes, Berlin NW, Dorotheenstraße 8, zu haben.

## Deutschland.

(Die Versicherungsämter) haben, wie offiziös gemeldet wird, in dem abgelaufenen Entwurfsverfahren die Reichsversicherungsordnung eine Einschränkung erfahren. Das Recht der Rentenfestsetzung soll den Berufsgenossenschaften verbleiben und nicht auf die örtliche Zentralstelle übergehen. Hiernit wird dem Wunsch der Berufsgenossenschaften Rechnung getragen, welche die Rentenfestsetzung als ein selbstverständliches und wichtiges Recht des Versicherungssträgers ansehen. Der erste Entwurf zur Reichsversicherungsordnung ging bekanntlich von dem Gedanken aus, daß eine Mitwirkung der Versicherungsämter bei der Festsetzung der Entschädigungen stattfinden müsse, wegen ihrer gemeinsamen Bedeutung für mehrere Zweige der Versicherung und für den Lauf des gemeinsamen Inanspruchnehmens bei Streitfällen. Inzwischen werden den örtlichen Versicherungsbehörden noch ausgiebige und wichtige Aufgaben zufallen, als deren erste die unentgeltliche Auskunftserteilung über alle Fragen anzusehen ist, die mit der reichsgesetzlichen Versicherung in Verbindung steht. Die Regierung hofft, auf diese Weise die Kosten für die Versicherungsämter unter 10 Mill. Mark jährlich herunter drücken zu können.

(In Sachen der mecklenburgischen Verfassungsfrage) ist wie offiziös aus Schwerin i. M. entgegen der Meldung einiger Blätter festgestellt, daß ein Antrag der beiden mecklenburgischen Regierungen auf eine Einseitigkeit des Bundesrats nicht eingegangen.

(Die Tätigkeit der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften) wird jetzt sogar von dem hiesigen sozialdemokratischen „Reich“ anerkannt. Das Blatt macht davon Mitteilung, daß die Gewerkschaften vom 12. November bis 18. Dezember v. J. in Berliner Verbandsaufbau einen volkswirtschaftlichen Unterrichtskursus abgehalten hätten, der in jeder Beziehung gelungen sei und schreibt im Anschluß daran: Wenn auch dieser Kursus den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften vornehmlich dienen sollte, so können wir doch nicht umhin, die volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Schulung tüchtiger Arbeitkollegen durch diese ersten volkswirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Kurse der Arbeiterbewegung innerlich zu vertiefen, freundlich zu begrüßen.

(Über Stadtvorordneten-Versammlung der braunschweigischen Kreisstadt Holzminde) wurde kürzlich über das Schicksal der dortigen Baugewerkschule — der ältesten und bisher größten Schule dieser Art in Deutschland — verhandelt. Der „Elbe-Zig“ zufolge wurden zuerst die ungünstigen finanziellen Verhältnisse der Schule erörtert und der Antrag, die Angelegenheit vertraulich zu behandeln, abgelehnt. Dann sprach der liberale Landtagsabgeordnete Stadtrat Neuter. Er bezeichnete es als traurig, daß Preußen seinerzeit der Schule die Anerkennung verweigert (d. h. die von ihm mit Beifolgung des Entlassenen in seinen Betrieben nicht eingestellt) habe, wodurch die Stadt gezwungen wurde, die Schule mit

großen Opfern ganz nach preussischem Muster umzuformen. Die Zahl der Klassen wuchs von 3 auf 5 vermehrt, das Zahlenverhältnis der angestellten zu den Hilfslehren zugunsten der ersteren verschoben und die Schülerzahl in den einzelnen Klassen herabgesetzt. Dann habe man mit schwerer Mühe die preussische Anerkennung wiedererlangt, doch ginge die Schülerzahl ständig herab, da Preußen überall neue Baugewerkschulen errichte. Preußen unterbinde also der kleinen braunschweigischen Stadt ihre Lebensader. Es ist das keine „moralische Eroberung“, die hier das große Preußen an einem kleinen Bundesstaat macht, und es darf nicht worden nehmen, wenn die partikularistische westfälische Bewegung — leider meist auf Kosten der reicheren, liberalen Parteien — immer mehr im Lande Braunschweig um sich greift und der Preußenhaß leider dort wieder feiter Fuß zu lassen beginnt.

(Von der deutsch-ostafrikanischen Nordbahn.) In der vom Kolonialamt vorgelegten Denkschrift über den weiteren Ausbau der Bahn nach dem Kilimandscharo ist, wie mitgeteilt, Moschi als Endpunkt der neu zu erbauenden Strecke bezeichnet worden. Verschiedentlich wurde in der Presse getadelt, daß nicht ein weiterer Ausbau in Aussicht genommen sei. Die „Wien. Weltl. Zeitung“ teilt nun mit, daß das Kolonialamt zwar glaube, nur etappenweise hierbei vorgehen zu sollen, daß es aber keineswegs einem Weiterbau der Bahn abgeneigt sei, sobald die Mittel dazu sich finden und die wirtschaftliche Entwicklung der weiterliegenden Gebiete es angezeigt erscheinen lasse. Ein Weiterbau der Bahn bis Urusha und später bis zum Viktoriasee wird grundsätzlich auch im Kolonialamt für erwünscht gehalten.

## Volkswirtschaftliches.

(Für das Zustandekommen des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages spricht sich der soeben erschienenen Jahresbericht der Hamburger Handelskammer aus. Es heißt darin: „Der große Wert, den dieser Vertrag für Deutschland hat, erheben wir darin, daß er die deutsche Wirtschaft gegen eine höhere Belastung mit Zöllen in Portugal sichert, als die in anderen Industriestaaten in Portugal zur Einfuhr gelangenden Waren zu tragen haben, und auch unsere Schifffahrt vor einer ungünstigen Behandlung, als sie anderen fremden Flaggen zuteil wird, schützt. Hierdurch wird die Gefahr einer Schmäherung unserer Handelsbeziehungen mit Portugal beseitigt, welche unsern Verkehr durch das portugiesische Gesetz vom 25. September 1908 drohte, daß die Regierung ermächtigte, die Zölle und Schiffsabgaben in Portugal, gegenüber denjenigen Ländern zu erhöhen, welche portugiesische Ware im Regimenter unterworfen oder bei ihren Weingärten Abstoßungen annehmen, welche die Einfuhr portugiesischer Weine erschweren. Zugleich hat der Vertrag eine Bindung der portugiesischen Zollgesetzgebung, wobei freilich der portugiesischen Regierung die Befugnis hat zugestanden werden müssen, einen Teil dieser Zollsätze innerhalb eines gewissen Spielraumes zu erhöhen, unter der Verpflichtung, alsdann gleichzeitig eine Anzahl anderer Zollsätze in festereinstimmender Höhe herabzusetzen.“ Nachdem dann aus dem Bericht hervorgeht, daß besonders die Bestimmungen des Gesetzes über den Weinexport für den Weinhandel ein erhebliches Opfer bedeuten, heißt es weiter: „Nichtsozialen können wir das Zustandekommen des Vertrages, der den nimmere seit mehr als 17 Jahren bestehenden vertragslosen Zustand zwischen beiden Ländern beseitigen und zweifellos zur Hebung und Stärkung unserer Handelsbeziehungen zu Portugal erheblich beitragen wird, nur lebhaft begrüßen. Der vornehmlich aus Industriezweigen bestehenden Export Deutschlands nach Portugal belief sich im Jahre 1908 auf 28,8 Millionen Mk., während unsere Einfuhr von Portugal nur 13,6 Mill. Mk. betrug; es kann kein Zweifel sein, daß im Falle der Erhebung eines portugiesischen Zollschlages auf unsere Waren andere Länder, insbesondere England und Frankreich, auf dem portugiesischen Markte mit den Erzeugnissen ihrer Industrie an unsere Stelle treten würden; ein Mißgeschick aber, das einmal verloren ist, läßt sich nicht leicht wiedererlangen.“

(Telegrammtarif nach Bosnien-Herzegowina.) Vom 1. Januar 1910 ab beträgt die Wortgebühr für Telegramme nach Bosnien-Herzegowina 5 Pfennige mit einer Mindestgebühr von 30 Pfg. Die Telegramme werden über Teplitz-Boden-Sebnitz befördert. Einer Weggabe behaftet es bis auf weiteres nicht. Die Wortgebühr für Telegramme nach Bosnien-Herzegowina 15 Pfg.

(Wegen der Klagen über die Colingerte werden auf Veranlassung des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft die Fütterungsversuche, die seinerzeit vor Einführung der Goinfütterung auf dem Versuchsgute Wölsch bei 30 Schweinen gemacht worden, jetzt nochmals wiederholt. Außerdem ist das hiesigen Gesundheitsamt beauftragt, durch eingehende wissenschaftliche Untersuchungen die Möglichkeit in der Verwendung des Goinfütterungsmittels, bei der überhaupt eine schädliche Einwirkung dieses Stoffes nachweisbar ist. — Und wie steht es mit den sehr berechtigten Beschwerden der Schiffsbesitzer und Händler über die schädlichen Folgen der gefährlichen Gerste? Während die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ und die konservative Presse sich so stellen, als ob die Beschwerden gegen die Goinfütterung nur eine Erfindung der Feindgenossen und der Händler wären, sieht die Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftskammer doch die Sache bedeutend ernster an. Sie hat an alle Landwirte und Schweinezüchter, die mit Goinfütterung Gerste verfüttern haben, die dringende Bitte gerichtet, über die damit gemachten Erfahrungen zu berichten, namentlich auch über

den Befund bei der Schlachtung der auf diese Weise gefütterten Schweine.

(Eine Partierungspflicht für Waren ausländischer Herkunft ähnlich dem in England geltenden „made in Germany“ beschließen die Vereinigten Staaten einzuführen. Dem gegenüber hat die Düssel-dorfer Handelskammer beschlossen, an die Regierungsregierung eine Eingabe zu richten, in der gefordert wird, daß Preussischland mit den übrigen europäischen Industriestaaten Belgien, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und der Schweiz zusammenzuschließen, um als Gegenmaßnahme gleichfalls die Partierungspflicht gegen die Länder zu fordern, die den gleichen Zwang eingeführt haben, und zwar zu dem Zweck, um möglichst die Aufhebung der Partierungspflicht zu erzielen. Die Kammer ist der Ansicht, daß der Ausfuhr des Deutschen Reiches durch diese neuen Maßnahme der Vereinigten Staaten die größten Schmierleistungen entzogen würden.

(Mit der Revision des französischen Zolltarifs wird es nun bald dritter Ernst werden, mit einer Revision natürlich in sehr betrüblichen Sinne. Die Deputiertenkammer nahm bei der kürzlich stattgefundenen Beratung der Vorlage betreffend die Reform des Zolltarifs einen Zusatzantrag an, nach welcher jeder Industrielle oder Handwerker, der mehr als 5 Arbeiter beschäftigt, die von Absatz nicht in Frankreich haben, einer besonderen Steuer unterworfen wird, deren Betrag durch das Finanzgesetz festgesetzt ist. Schließlich wurde auch der letzte Artikel der Vorlage angenommen, nach welchem das Gesetz am 31. März 1910 in Kraft treten soll. Im weiteren Verlauf der Beratung sprach der Handelsminister über das Gesetz betreffend die Revision des Zolltarifs als Ganzes und führte aus, die Kammer habe ein weites und maßvolles Werk geschaffen. Der Präsident der Zollkammer, Abgeordneter Kloss, sprach in beifälligen Sinne und erbat die Regierung, in alle Handelsverträge die Bestimmungen einzufügen, daß Streitigkeiten auf schiedsgerichtliche Wege ausgetragen seien, und auf der nächsten Tagung Konferenzen vorzuschlagen, das ein obligatorisches Schiedsgericht für Streitigkeiten nicht geschaffen werde. Darauf wurde die Vorlage im ganzen mit 455 gegen 142 Stimmen angenommen.

## Provinz und Umgegend.

† Zeit, 2. Jan. Rektor a. D. Anders, der an der hiesigen Volksschule lange Jahre mit reichem Segen wirkte und seine Kräfte auch in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hatte, ist im 76. Lebensjahre gestorben, nachdem er im Jahre 1895 in den wohlverdienten Ruhestand getreten war. — Die städtischen Finanzen sind im laufenden Jahre mehr denn zuvor durch die Regularisierung der Besoldung der städtischen Lehrer, durch den Umbau bzw. Neubau des Rathauses sowie den Erweiterungsbau der Mittelschule in Anspruch genommen und schon winkt eine neue heftige Ausgabe für die Erweiterung und Beschaffung neuer Räume für das städtische Krankenhaus, wofür ein Kostenaufwand von ca. 120 000 Mk. erforderlich sein wird.

† Klostermannsfeld, 1. Jan. Donnerstagabend nach 8 Uhr ereignete sich vor dem in der Siebigerdestraße gelegenen Wohnhause des Bezirksleiters des Zirkusgeschäftes, Obersteiger Schjimp, eine Dynamitpatrone. Durch den Zufund wurden einige Fenster zertrümmert. Die mit einer Zündschnur versehene Patrone muß von einem Vorübergehenden an das Haus geworfen worden sein. Der Täter ist noch unbekannt.

† Reustadt (Orla), 30. Dez. Der Gemeinderat hat die Einführung einer Wild- und Geflügelsteuer, die der Stadtverwaltung vom Großherzog. Staatsministerium in Weimar empfohlen worden war, einstimmig abgelehnt. — Die Firma G. Franz Frische, Zuschlag, hat anlässlich der Freigstellung des 100 000 Stüdes zum Osten des Beamten- und Arbeiterpersonals 10 000 Mk. gespendet.

† Hildburghausen, 31. Dez. Der Gemeinderat hat sich abermals zu einer Steuererhebung gezwungen gesehen. Zur Erhebung des Technikum-Zustulles sollen die städtischen Umlagen von 155 auf 170 Prozent erhöht werden.

† Leipzig, 1. Jan. Gestern vormittag fand die feierliche Eingemeindung der Vororte Mühlberg, Probstheida, Sime, Südtrieb, Dölitz und Döfen in die Stadt Leipzig statt. Amtshauptmann v. Neßitz und Oberbürgermeister Dr. Dietrich hielten Ansprachen. Letzterer nahm darauf die Vereidigung der Beamten vor. Die Stadt Leipzig wird durch diese Eingemeindung zur größten Stadt Sachsens; sie wird jetzt rund 570 000 Einwohner zählen. — Zwei Fälle von Mägen wurden hier berichtet. Sie hatten sich bei der Heftung von fälschlich als Mägen bezeichneten, die Jahreszahl 1907 und das Wappen des Königs von Sachsen, die Mägenbesitzer sind ein 24-jähriger Mediziner aus Bitterfeld und ein 20-jähriger Schlosser aus Dörfelshausen. Beide wohnten in Lindenau. Bei einer Hausung in der Werkstatt des Mediziners wurden eine große Anzahl Falsifikate und die zur Herstellung dienenden Formen und Handwerkszeuge gefunden.



\* (Silberker in der Reichshauptstadt.) Ausstellungen kamen in Berlin in der Reichshauptstadt zur Geltung und eben so. Durch mehr oder minder häufige Überfälle und Geiseln wurden a. h. Personen in teils schwer, teils leichter Verhaftung. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Schumann, dem eine betrunkenen Frau überfallen hatte. Inhaftiert wurden 189 Personen in festgenommen. Die Feuerwehr trat in 30 Fällen in Tätigkeit.

\* (Der Streit erstochen.) In der Scharrenstraße in Bonn wurde der Hufar Grommit von einem Kameraden im Streit erstochen.

\* (Schiffszusammenstoß.) Auf hoher See zwischen England und Island stießen Sonntag früh die beiden englischen Dampfer „Aurifer“ und „Arcadian“ zusammen. Der „Arcadian“ sank; dreizehn Personen sind dabei ertrunken.

\* (Schreckliches Gedrama.) In Mittelgörlitz bei Weiler erschlug die Frau des Feinwebers und früheren Viehhändlers Klade die zwei jüngsten ihrer vier Kinder und ließ sich darauf am Morgen früh um 6 Uhr in die Eisenbahnwagen überfahren. Der Mann war mit den beiden ältesten Kindern zu Verwandten nach Karlsdorf gefahren. Veranlassung zu dem Schicksal ist nicht bekannt.

\* (Über eine Familientragödie.) Bericht der Draht aus Köln. Der in Köln-Dorn wohnende 25 Jahre alte Lokomotivführer Gumer hat Freitag mittag gegen 12 Uhr seine Frau durch Beerdigung tödlich verletzt. Darauf brachte er sich selbst eine lebensgefährliche Verletzung durch einen Sturz in die rechte Schiene bei. Das junge Ehepaar hatte zwei kleine Kinder. Die Verletzungen in Familienmitglieder liegen.

\* (Meyerers Selbstmord.) (Meyerers Selbstmord) haben sich in diesen Tagen ereignet. In der Kaserne des 10. Infanterie-Regiments in Götting erschoss sich aus unbekanntem Grund der Unteroffizier Spekt mit seinem Dienstgewehr. — Der Infanterie-Rittmeister Matthes vom 18. Regiment in Lüneburg, der sich ohne Urlaub vom Regiment nach seiner Heimat Siedow entfernt hatte, erschoss sich in dem Augenblick, als er durch die Gegend in der Nähe von Siedow auf sich selbst einen Schuss machte. — Der Kompaniechef des 78. Infanterie-Regiments in Hannover, Unglückliche Liebe soll der Grund der Tat sein.

\* (Wahlrechtsklärung.) Die Ratwörter Stadtordeordneten erklärten mit 22 gegen 5 Stimmen die Wahlen in der letzten Sitzung, gegen welche Zentrum und Polen Protest erhoben, für gültig. Die Protestanten stützten sich in wesentlicher Hinsicht auf die Beschlüsse der Abgeordneten der polnischen Kandidaten.

\* (Der Sturz des Bismarckdenkmals.) Bei Wambau (Hals) wird auf das Vorhandensein einer unterirdischen Mine untersucht, die sich auf dem Festungsberg unter dem Fundament befindet.

\* (Wieder ein ungetreuer Rechtsanwalt.) Der Banner „Rechtswörter“ zufolge ist Rechtsanwalt Speckling verschwunden. Erwid. bedeutender Untersuchungen bedürftig.

\* (Verhaftung wegen Mordverdachts.) Wegen dringenden Verdachts, vor einigen Tagen auf dem Felde in Neuhof bei Breslau die auf dem Bestium des Herzogs von Sachsen-Weimar in Heinrichau beschäftigte Arbeiterin Emma Sander ermordet und getötet zu haben, wurde heute in Götting der Fleischergehilfe Paul Ferber verhaftet.

\* (Einen schrecklichen Tod) hat der Malbarbeiter Hermann Haase aus Falkenberg bei Berlin gefunden. Er hatte mit anderen Arbeitern im Falkenberger Forst Wälder gefällt. Während der Arbeit bemerkte er nicht, wie eine mächtige Kiefer, die unten angelegt war, niederschlug. Der Unglückliche wurde von dem Baum zu Boden geschmettert und erschlagen. Der Schädel war dem Getöteten fast vollständig zertrümmert worden.

\* (Ein verhängnisvoller Christbaum.) In dem abgeschlossenen Zimmer eines Hauses im Kömer Vorort Lindenthal füllte der brennende Christbaum um und setzte das Zimmer, in dem mehrere Kinder spielten, in Brand. Unter den Kindern entstand eine Panik. Ein Knabe sprang schließlich aus dem Fenster und rief um Hilfe. Das Dienstmädchen und ein Kind trugen schwere Brandwunden davon, zwei andere Kinder und die Mutter der Kinder wurden leicht verletzt.

### Neueste Nachrichten.

Paris, 2. Jan. Präsident Fallières empfing am Neujahrstage nachmittags das diplomatische Korps. Der spanische Botschafter, der als Vizegast eine Ansprache hielt, und der Präsident begrüßte ihn freundlich gegen die Aufrechterhaltung des Friedens, die auf die händlichen Bemühungen der Diplomatie zurückzuführen sei. Später empfing der Präsident die Mitglieder der marokkanischen Sonderdelegation.

London, 3. Jan. Der Schatzkanzler Lloyd George verpötte in einer Rede, die er am Sonnabend in Reading hielt, die Furcht vor den Deutschen und sagte: England sollte Deutschland lieber nachahmen in seiner Sorge für den Schutz der Arbeiter gegen Krankheit und Unqualität. Das Budget ermöglige einen solchen Schutz.

Petersburg, 3. Jan. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern nachmittag ins Zarskoje Selo eingetroffen. — Der ehemalige Redakteur der Zeitung „Strana“, Professor Maxim Kowalewsky, gegenwärtig Mitglied des Reichsrats, ist vom Bezirksgericht ohne Teilnahme von Geschworenen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil das Blatt eine Reihe von Artikeln gebracht hatte, in denen eine Beleidigung des Militärs erblickt wurde. Ferner soll es falsche Mitteilungen über die Tätigkeit der Regierung veröffentlicht haben.

Athen, 3. Jan. Die Militärliga hat den Abgeordneten Halkis und Theotolis Schreiben gegeben lassen, in denen die Bewilligung der Militär- und Finanzreformen dringend verlangt wird. Auf das Schreiben der Militärliga, das in verbindlichen Worten abgefaßt und von Zorhos unter-

zeichnet ist, antwortete Theotolis, die Kammer habe bereits 108 Gesetzentwürfe angenommen. Die Haltung seiner Partei werde sich nicht ändern; er und seine Freunde würden den unter den obwaltenden Umständen von der Regierung für durchaus notwendig erachteten Gesetzentwürfen zustimmen, da jede Durchbrechung dieses Prinzipes gefährliche Verwicklungen nach sich ziehen könnte. Halkis gab eine ähnliche Antwort.

Athens, 3. Jan. Die Militärliga sollte gestern der Regierung und der Kammer ein Ultimatum zur Entlassung der Gesetzkommissionen, die die Liga wünscht. Infolgedessen war das Militär gestern in den Kasernen zur Aufrüstung durch die Ordnung juristischen worden. Die Lage ist wieder einmal sehr ernst.

Lissabon, 3. Jan. Das portugiesische Parlament wurde gestern mit großer Feierlichkeit eröffnet. Der König, von einer Kavallerie-Brigade eskortiert, trat pünktlich vor dem Cortes ein und betrat unter großem Vorbezug den Sitzungssaal. Auf dem Thron sitzend, verlas er die Thronrede. Auffallend war das Fehlen aller Abgeordneten des liberalen monarchischen Blocks. Während im Vorjahr der König bei der Anfuhr, dem Befehlen des Cortes, der Wächter mit lebhaften Blickeinblick begrüßt wurde, blieb diesmal alles auffallend ruhig, wie überhaupt die ganze Zeremonie ohne jede einflussvolle Stimmung verlief.

Paris, 2. Jan. Marseille und seine Umgebung wurden gestern von einem heftigen Sturm eintreffend. Mehrere Dampfer mußten infolge des Unwetters ihre Abfahrt verschieben. Infolge der großen Räfte, die der Sturm im Golf hatte, sind mehrere Menschen ertrunken. (Wp. Hg.)

Sofia, 3. Jan. Aus Südbulgarien werden große Überschwemmungen gemeldet. Bei der Station Rattunja östlich von Philippopol stürzte vorgestern die Bahnbrücke ein, und zwar kurz nachdem der Orientexpress aus Konstantinopel sie passiert hatte. Der Verkehr auf der Hauptstraße Sofia-Konstantinopel ist unterbrochen, dürfte aber demnächst durch Umfahrungen wieder aufgenommen werden.

**Reklameteil.**  
**Seelig's**  
**Korn-Kaffee**  
das Beste seiner Art!  
nur in Original-Paketen!

### Anzeigen.

\* \* \* vielen Teilnehmern ist die Reduktion dem Publikum gegenüber keine Rekonvaleszenz.

### Rathsnachrichten.

**Dona.** Getauft: Paul Werner, S. des Kaufmanns Hoffmann; Traugott Eitelich, S. des Polizei-Sergeanten Müller.  
Donnerstag abends 8 Uhr **Bischofskinder** in der Herberge zur Heimat. Diakoniss Wente.  
**Stadt.** Getauft: Wilhelm Otto, ein unehel. S.; Marie Meta, L. des Fabrikarbeiters Kühnt. — Verlobt: der jüngste S. des Arbeiters Getauft: Karl, S. des Viehhändlers Kähler; Margarethe, L. des Schlossers Knabe. — Verlobt: der S. des Wälders Tausch; der S. des Schlossers Göttsche; die L. des Schlossers Knabe.  
Donnerstag den 6. Januar, nachmittags 4 Uhr, Versammlung der Herrinnen des Armenpflege-Bereichs der Altenburg im Pfarrhaus.  
Abends 8 Uhr Jungfrauen-Verein.

### Stadtsammlige Nachrichten der Stadt Merseburg

vom 27. Dezember 1909 bis 1. Januar 1910  
Aufgehoben: der Kaufherr Ludwig Ruffenberger und Ehe Altshausen, Schottger und Große Sigistrasse 18.  
Eheschließungen: der Kaufmann Karl Horn und Margarete Schwanze, Ammendorf. Geboren: dem Maurer Däne 1 S., M. Sigistr. 3; dem Kupferschmied Trautmann 1 S.; Oere Durchstraße 9; dem Zimmermann Wöley 1 Z.; Weissenfeller Str. 14; dem Schneidermeister Friedrich 1 Z.; Lemmer Str. 10; dem Arbeiter Tausch 1 Z.; Neumarkt 62; dem Gen.-Kom.-Arbeiter Seifer 1 Z.; Thiermarkt 1; dem Arbeiter Guntz 1 S.; Weiße Mauer 11.  
Geboren: der S. des Arbeiters Jande, 3 Z.; Oere Breite Str. 15; der S. der Witwe Göttsche, 5 W.; Unter Altenburg 65; der S. des Wälders Tausch, 1 Z.; Mägdeberg.  
Auswärtige Aufgebote: der Fleischergehilfe W. W. Brandt und U. W. G. Keller, Merseburg und Schwerin; der Oberkellner U. W. H. Herrmann und F. W. Wundewitz, Halle a. S.

### In den Anzeigen im Stadesamt sind Ausweispapiere vorzulegen.

Ein Logis (Stube, Kammer) an einzelnen Person zu vermieten und 1. April 1910 zu beziehen  
Al. Friedrichstraße 21.

**Eine Hofwohnung** ist an anständige Leute zu vermieten, 1. April zu beziehen. Preis 150 Mark.  
Friedrichstraße 17.

Eine Stube an eine einzelne Frau zu vermieten und 1. April zu beziehen.  
Unteraltersburg 31.

Kleine Wohnung an einzelne Frau oder kinderloses Ehepaar per 1. April beziehbar.  
Wo? sagt die Exped. d. Bl.

**Frdl. Wohnung** o. 1 Stube, 2 Kammern, Küche und Zubehör an ruhige einzelne Leute zu vermieten und 1. April beziehbar. Preis 60 Tlr.  
Friedrichstraße 3.

**Ein Logis,** 2 kleine Stuben, Kammer und Küche, zu vermieten  
Görne Straße 2.

Frei-bl. Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche, per 1. April zu vermieten.  
O. Klappbach, Lindenstraße 8.

**Stube, Kammer, Küche** zu vermieten  
Karlsruhe 17.

Alte Partier-Wohnung, sowie eine **Erkerwohnung**, beide bestehend aus Stube, Kammer, Küche, Stall und Bodenraum, an einzelne Leute zu vermieten und 1. April d. J. zu beziehen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Wohnung von 6 Zimmern, nahe Post zum 1. April d. J. zu vermieten. Näheres in der Exped. d. Bl.

Eine Wohnung, Stube, Kammer und Küche, an einzelne Leute zu vermieten  
Friedrichstraße 10

**Wohnung,** Preis 600 Mark, mit elektrischer Lichtanlage und Badeeinrichtung, per sofort zu vermieten und per 1. April 1910 event. früher zu beziehen. Näheres  
Gottschalkstraße 2

Freundliche Wohnung an einzelne Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen. Preis 105 Mark. Wo? sagt die Exped. d. Blattes.

Ein Logis, Stube, Kammer, Küche, zu vermieten  
Gottschalkstraße 44.

Breite Straße 16, vollständig renovierter Etagenwohnungen mit Zinnenloft, 300 und 420 Mk., zu vermieten; auf Wunsch Badeeinrichtung.

**Eine Wohnung,** ganze Etage, mit 2 Eingängen, Preis 200 Mark, ist an ruhige Leute für 1. April zu vermieten.  
Am Neumarkt 1.

Eine Wohnung an ruhige Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen  
Große Sigistrasse 5

Die Wohnung in meinem Hause ist für 800 Mark sofort zu vermieten und 1. April beziehbar.  
K. Kellermann, Gottschalkstraße 29.

Größere Wohnung sowie eine Hofwohnung zu vermieten.  
Friedrichstraße 10.

**Seffnerstraße 3**  
ist die 2. Etage zu vermieten. Näheres beliehst 1. Etage.

Eine Wohnung sofort zu vermieten  
Unter Altenburg 45.  
Beliebt sind ein Hofraum und 1 Beitstube mit Matratze zu verkaufen.

**Eine Wohnung,** Preis 45 Taler, zu vermieten  
Johannisstraße 2.

Nofental 4 Stube, Kammer, Küche und Zubehör, 1. April für 126 Mk. zu vermieten. Näheres  
Dom 13.

**Wohnung,** bestehend aus 3 Stuben, 3 Kammern und Zubehör, ist zu vermieten und 1. April zu beziehen  
Unteraltersburg 20

Ein kleines Logis an 1 oder 2 Personen zu vermieten. Näheres  
Dom 11.

Partier-Wohnung, 4 Zimmer, Küche und Zubehör, 1. April zu vermieten  
Annenstraße 20.

**Wohnung** von 2 Stuben, 2 Kammern und Küche sofort zu vermieten und 1. April 1910 zu beziehen  
Lindenstraße 1.

Alleinwohnende Frau sucht 1. April Wohnung, Preis 25-30 Taler. Offerten unter 105 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Zum 1. April Wohnung gesucht von 5 Zimmern, Badeküche, möglichst warm und Gas. Preis 6-700 Mk. Angebote unter J R 15 an die Exped. d. Bl.

Ein Paar einzelne Leute suchen Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche, zum 1. April. Offerten unter F an die Exped. d. Blattes.

**Möbliertes Zimmer** zu vermieten  
Breite Str. 8.

**Seibare, einfach möbl. Stube** zu vermieten  
G. Wetzel, Karlsruh. 27.

**Möbliertes Zimmer mit Kabinett,** event. Benennung, zu verm. Globianer Str. 611.

Jünger Weanier sucht zum 1. Januar oder früher  
besseres möbliertes Zimmer.

Offerten mit Preisangabe unter Chiffre F 55 an die Exped. d. Bl.

**Freundl. Schlafstelle** mit 2 Betten (mit Betteln) zu vermieten  
Obere Breite Straße 18.

**Grosser Laden** mit Wohnung und Nebelage 1. Juli 1910 zu vermieten  
Gurg-Fraße 18.

**Gut verzinsbares Wohnhaus** unter günstigen Bedingungen zu verkaufen  
Kienitzthal Nr. 20.

**8000 Mark** mindelstlicher auszuliehen. Näheres  
Entenplan 3.

**Tafelförmiges Klavier,** zu erhalten und vollständig, ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

**4 futterfeste Sertel** hat abzugeben  
Humboldt Nr. 10.

**Ein Paar Läuferschwelle** stehen zum Verkauf  
Globianer Str. 7.

**Eine Kuh mit dem Kalbe** verkauft  
Magendorf Nr. 34.

**Wäschmaschinen** werden schnell und gut repariert bei  
L. Albrecht, Schmalstraße 14.

**Mietsverträge** hält stets vorrätig  
Buchdruckerei Th. Rössner, Merseburg, Ugrube 9.

**Zur Preussischen Klassenlotterie**

Ind nach Vore zu verkaufen in der Königl. Lotterie Staatskasse Halleische Str. 25. Ziehung 1. Kl. am 11. und 12. Januar.

**Wohnung zu vermieten**

**Parterre-Wohnung**, 4 Zimmer, große Küche, Badestube, Garten etc., sofort oder später zu beziehen **Gartenstraße 1.**

**Halleische Str. 80** sind Wohnungen zum Preise von 200, 300, 350 und 400 Mk. zu vermieten und 1. April zu beziehen.

Eine Wohnung, 1. Etage, 4 Zimmer, Küche und Zubehör, ist zu vermieten und am 1. April zu bez. **Ammerstraße 2.**

Eine größere Wohnung (Preis 400 Mk.) zu vermieten und sofort oder 1. Januar zu beziehen **Obere Breitenstr. 5.**

**Halleische Straße 33**

ist die herrschaftliche Parterre-Etage zu vermieten und sofort zu beziehen. Näheres **Halleische Str. 19, 2 Tr.**

Eine obere Etage mit oder ohne Stollungen zu vermieten und 1. April zu beziehen **Neumarkt 42.**

Eine Wohnung (2 Stuben, 3 Kammern, Küche und Zubehör) ist zu vermieten und am 1. April zu beziehen **Breite Straße 5.**

**Wohnung**

5 Zimmer, Badestube und Zubeh., sofort zu vermieten und 1. Januar 1910 oder später zu beziehen **Gutenbergsstraße 17.**

**1. Etage**

zu vermieten **Gasthofstraße 40.**

Eine Wohnung, Stube, 2 Kammern, Küche, Stall; desgleichen 1 Stube und Kammer an ruhige Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen **Eckberg 33.**

**Freundliche Wohnung**

4 heizbare Zimmer, große Küche, Speisekammer nebst Zubeh. und Garten, sofort zu vermieten und 1. Januar oder 1. April zu beziehen. Preis 280 Mk. Näheres **Eckbergstraße 1. warr.**

**2 Wohn. z. vermiet.**

Stube mit 1 od. 2 Ramm. u. Küche. Stube mit 1 od. 2 Ramm. Näher. in der **Erped. d. Bl.**

Eine Wohnung, 3 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, 1. April zu vermieten; eine Wohnung, 1 Stube, 1 Kammer, Küche und Zubehör, 1. April zu vermieten. Näheres in der **Erped. d. Bl.**

**Halleische Straße 78,**

1. Etage, Wohnung für 265 Mk. mit Garten zum 1. April zu beziehen. Näh. **Weinauer Straße 5.**

**Große moderne herrschaftliche Wohnung**

mit Garten zum 1. April 1910 event. früher zu vermieten.

**A. Kleinschmidt**, Christianenstr. 6. Näheres auch bei Herrn **Frahner**, Kleine Ritterstraße.

**Koonstraße 4**

ist die 1. und 3. Etage zu vermieten und 1. April zu beziehen.

Verfügung der 1. von 1 1/2 - 2 1/2, 6 1/2 - 8 Uhr, der 3 von 12 1/2 - 2 Uhr.

**Parierre-Wohnung**

2 Stuben, Schlafstube, Küche und Zubehör, ist an ruhige Leute zu vermieten und 1. April zu beziehen **Steinstraße 2, 2 Tr.**

**Eine Wohnung**

an ruhige Leute zu vermieten **Nesental 16.**

**Freundliche Wohnung**

2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, ist an ruhige Leute zu vermieten und 1. April 1910 zu beziehen **Karlstraße 34.**

**Eine Wohnung**

zu vermieten **Ambsbücker 3.**

Eine freundliche Wohnung, 2 Stuben, 2 Kammern, Küche nebst Zubeh., an ruhige Leute zu vermieten und sofort oder 1. April zu beziehen **Hilfsstraße 11.**

**Freundliche Wohnung**

5 heizbare Zimmer, Küche und allem Zubehör, Wasserlosetz, Gasanlage, zum 1. April 1910 zu vermieten **An der Weiden Mauer 20.**

**2. Etage**

ist zum 1. April zu beziehen **Weide Mauer 12**

Unsere Mitglieder ersuchen wir, die

**Mitgliederbücher**

zum Vortrag des Guthabens für 1909 bis zum

**8. Januar 1910**

in unserem Geschäftslokale abzugeben.

**Vorschuss-Verein zu Merseburg**

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. **E. Hartung. G. Peters.**

**Gemeinschaftl. Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.**

Anmeldungen von Dienstboten zu unserer Krankenkasse werden wertföchtig

vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr

in unserem Kassenlokal, Oberburgstraße 5, entgegen genommen.

**Der Vorstand.**

**Paul Thiele, Vorsitzender.**

**Reinhold Steckner · Bankgeschäft**

Fernruf: 1362, 1363, 1364. Halle a. S. Drahtnachrichten: Stecknerbank.

gegründet 1855

vermittelt An- und Verkauf von Wertpapieren.

Verschiedene Städte-, Provinz- und Kommunal-Anleihen sowie erstklassige Hypotheken-Pfandbriefe werden :: provisionsfrei abgegeben. ::

Besorgung neuer Zinsschein- und Dividendenbogen. Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Annahme von Bareinlagen gegen gute Verzinsung.

**Reinhold Steckner** Bankgeschäft Halle a. S.

**Landwirtschaftliche Inventar-Auktion**

**Donnerstag den 6. Januar 1910 vorm. 10 Uhr**

findet im Richard Schulzeschen Gute zu Hohenweiden wegen Aufgabe der Wirtschaft der Verkauf des vorhandenen lebenden und toten Inventars unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend statt. Hohenweiden ist von Station Deltitz a. B. und von der Halle-Merseburger Fernbahn leicht zu erreichen.

**Zum Verkauf kommen:**

- 3 Pferde,
- 9 Stück Rindvieh,
- 13 Stück Läufer Schweine,
- 1 Stamm Hühner,
- 3 Enten,
- 1 Dreschmaschine mit Göbel, fast neu,
- 1 Drillmaschine,
- 1 Getreidemäher, Ablieger,
- 1 Hackmaschine,
- 1 Häckselmaschine,
- 1 Reinigungsmaschine,
- 1 Milchzentrifuge,
- 2 grosse Rüstwagen,
- 1 kleiner Wagen,
- 1 Kutschwagen,
- 1 eiserner Pflug (Sack)
- 1 Satz Saateggen,
- 1 ger. eis. Egge,
- 1 gr. Gliederwalze,
- 1 Krümmer,
- 1 Jauchenfass,
- 1 Igel mit Farchenzieher,
- 1 Ziehrolle,
- 2 Dezimalwagen,
- 1 Butterfass, sowie sämtliche Milchgefäße, und verschiedene andere Wirtschaftsgeräte,

zirka 400 Ztr. Kartoffeln, 5—600 Ztr. Rübenschmitzel, eine Partie Stroh und noch ein Teil nicht ausgedroschenes Getreide, eine Partie Holz.

Kauflustige sind hierzu höflichst eingeladen.

**Der Besitzer.**



**Mein erster diesjähriger Transport erstklassiger Schleswiger, Fünen- und Oldenburger Aker- und Wagenpferde**

Neft von Montag den 3. Jan. zur gef. Musterung bereit.

Halle a. S., Dorothienstr. 7. **Chr. Körber.** Tel. 1195.

Leute ohne Anmer suchen zum 1. April eine freundliche Wohnung im Preise von 150—240 Mark. Offerten unter **W** an die Erped. d. Bl. erbeten.

Wohnung von ruhigen Leuten zu mieten gesucht. Preis bis zu 40 Ztr. Off. u. **M B** an die Erped. d. Bl.

Witwe sucht zum 1. April kleine Wohnung. Offerten unter **M G** an die Erped. d. Bl.

Wohnung, bestehend aus 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, zum Preise von 200—250 Mark per 1. April zu mieten geücht. Off. Offerten unter **A 200** an die Erped. d. Bl. erbeten.

Einzelne Dame sucht sofort oder später freundliche Wohnung (2—3 Stuben und Kochgelegenheit) zum Preise von 200 bis 300 Mk. Offerten unter **D W** an die Erped. d. Bl.

**Laden**

in meinem Neubau **N. Ritterstraße 12** mit oder ohne Wohnung per 1. April 1910 zu vermieten

**Max Plant** Burgstraße 18.

**Hfenhandlung Hermann Müller,** Schmalestraße 19, empfiehlt **Koch- und Heizöfen, irische Öfen** für jede Stöble, **Demmer-Herde, Senking-Herde**

an billigen Preisen

**Flechten**

auswändig und trockene Schuppenflechte durch **Exanma, Hautausschläge aller Art offene Füße** **Rino-Salbe** dreiwegschäd. Bestandteil. Dose M. 1,15 u. 2,25. Daneschreiben gehen täglich ein. Ihre acht in Originalpackung weiß-grün-rot an **F. Schönbert & Co., Weichsels-Dresden.** Plüschungen weisen man zurück. **Zu haben in den Apotheken.**

**5500**

not. begl. Zeugnisse v. Ärzten und Privaten beweisen, daß **Kaisers Brust-Karamellen** mit den drei Tannen

**Husten**

Heilerkeit, Verschleimung, **Katarrh, Krampf- u. Nenschüßen** am besten befechtigt. **Patet 25 Wfg., Dose 50 Wfg. Kaisers Brust-Extrakt 80 Wfg.** Best. feinstschmelzend. **Wag-Extrakt.** **Dafür Knackstetens weiße gerüht.** **Welches zu haben bei:** **Otto Glaw** in Merseburg. **G. Fischer**, Ap. priv. Apotheke in Merseburg. **S. Gumann**, Gottschardt-Druggerie in Merseburg. **A. Schaaß** in Merseburg. **Wilhelm Hieslich**, Adler-Drug. in Merseburg. **Hans Gehlich** in Merseburg. **G. Speil** in Mücheln. **C. B. Hüße** in Raasdorf. **Reinhold Schimpf** in Eschafstbt.

**Direkter Versand Chemnitz Möbelbezüge** **Flischdeck, Portieren, Dekorationsplische, Teppiche u. Läufer. Preis u. Muster frei gegen fröhe Rücksendg.** **Versandhaus Paul Thum, Chemnitz Sa.**

**Bildhübsch**

macht ein zartes, reines Gesicht, roßes jugendliches Aussehen, weisse, sammetweiche Haut und lebendigen gläsernen Teint. Alles dies erzeugt die allein edle **Stedenpferd-Bienenmilch-Säße** von **Bergmann & Co., Kadenen** a. St. 50 Wfg. bei **W. Enigmann** **Willy Hieslich**, **Ang. Berger**, **Frans Wirth**, **Oskar Leberl**, **Reinhold Riche** und **Pom-Apothek.**

**Müchle Mitglieder-versammlung** **am Montag den 10. Jan. 1910** **abends 8 1/2 Uhr** **im „Lobli“.** **Der Vorstand.**

Seemannsche Redaction, Druck und Verlag von **L. H. H. H. H. H.**



# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Abholung von einem Anzeigenblatt: bei Bestellung von 3 Bänden werden 20 Pf. ermäßigt.  
— Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Sonntagen ausgenommen.  
— Redaktion weitere Originalmitteilungen ist nur mit beifolgender Cashausgabe gestattet.  
— Für Rückgabe unersandter Einlieferungen übernimmt wir keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
— wöchentlich. Unterhaltungsblatt  
— neuest. Romanen und Novellen.  
— 4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
— mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile pro Spalte für den ersten Tag 20 Pf., im Restanstreit 30 Pf. Bei komplizierten Sachverhältnissen nach Vereinbarung. Für Wiederholungen und Offertenanfragen besondere Berechnung, nach Ansprache zum Voreinverständnis. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigen bis spätestens 9 Uhr, Nachmittags bis 10 Uhr vorzubringen. Zahl

Nr. 2.

Dienstag den 4. Januar 1910.

36. Jahrg.

## Wem das Hauptverdienst an der Einigung der freisinnigen Parteien zuzukommen,

diese Frage untersucht die „Heftliche Liberale Wochenchrift“ in einem interessanten Artikel. Ein besonderes Lob gebührt demnach zunächst „all den wackeren Frauen und Männern, welche die Hoffnung nicht weggezogen und das Feuer liberaler Begeisterung geblüht haben. Dann aber der Parteiorganisation vom schwerwichtigen Bayer an bis zum jugendfrischen Hummel, der Demokratie, welche am ersten und am nachdrücklichsten auf ihren Parteitag die Einigung gefordert hat. Zuletzt ist es Friedrich Naumann, dem ein Hauptverdienst gebührt und der seit der schmerzlichen Göttinger Tagung 1903 nach Auflösung des nationalsozialen Vereins zielbewusst die Einigung gefordert und ihr mit seiner ganzen reichen Persönlichkeit gebietet hat. Wenn er demnächst seinen 50. Geburtstag feiert, so ist die Einigung des Liberalismus, das wissen wir, seine größte Freude.“ Das heftige Blatt verbreitet sich dann über den Inhalt des neuen Programms wie folgt:

Wenn der Main in den Rhein eingetreten ist, kann man sein Wasser an der Quelle doch noch bis weit in den Rheingau hinunter erkennen. Gewiß wird man im einigen Strome des Liberalismus noch lange an Temperament und Tatkraft die Herkunft der einzelnen erkennen. Doch das wird der Einheit und Stofkraft nicht den mindesten Schaden bringen. Im Gegenteil, wir werden in den Weizen und Erbsen des Liberalismus, in der nächsten Rückschau aufeinander, bei der wir sowohl von der Sozialdemokratie und dem Zentrum lernen können, einander beleben, ermuntern und verstehen lernen.

Das Programm, das jetzt geschaffen werden soll, verlangt ungewöhnlich hohe Ansprüche. In der Tagespresse ist schon hingewiesen worden auf weitergehende Forderungen bezüglich des Gemeindefortschritts. Uns in dessen Interesse auch die Frage der Wirtschaftspolitik. Es ist z. B. bekannt, daß Pfarrer Koller ein Gegner des aus dem Zentrum Minimumprogramm genommenen Satzes ist, welcher in der Richtung des Freihandels liegt. Es handelt sich hier um Meinungsverschiedenheiten darüber, was im nächsten Jahresjahr an Gleichrichtung der Kosten unseres Volkes geschehen kann, ohne dem Bauerntum zu schaden. In dieser Frage der Wirtschaftspolitik werden die freisinnigen Gegner des Freihandels ihre Bewegungseigenschaft zu erhalten wissen und für das Recht ihrer Überzeugung in der eigenen Partei ein-

den Kandidaten, am besten eines Jungliberalen, gefordert. Es wurde ihnen anheim gegeben, wiederum wie 1907 Herrn Archivrat Dr. Winter zu präsentieren.

Man wird anerkennen müssen, daß die freisinnigen Eisenachs die politische Situation richtig erkannt und daraus die nötigen Konsequenzen gezogen haben. In den Nationalliberalen ist es nun, die Möglichkeit gemeinsamen Zusammenwirkens zu schaffen. Dieses wird um so nötiger sein, als, wie man hört, das Zentrum mit seinen 1500 Stimmen in Demobach-Gesellschaft wieder für den Antisemitismus gewonnen ist. Außerdem verlautet nach der „Eis. Tagespost“, daß der Kandidat der Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl dieses Mal nicht der Parteisekretär Leber, sondern der Landtagsabgeordnete Dr. C. Gotha (bekanntlich Revisionist) sein werde. Leber soll erst wieder bei den allgemeinen Wahlen aufgestellt werden, bei denen noch dann wieder in seinem alten Wahlkreise Gotha kandidieren wird. Der Kandidatenwechsel wird damit begründet, daß man sozialdemokratischerseits hofft, daß würden auch Stimmen linksliberaler bürgerlicher Wähler zufallen, was bei dem Parteisekretär Leber kaum der Fall sein würde. — Um so notwendiger ist es jetzt, einen linksgerichteten Liberalen zu bringen, auf daß die Spekulation der Sozialdemokraten zu Schanden wird. Das müßten doch auch die Nationalliberalen einsehen!

## Die erste staatliche Wertzuwachssteuer

gelangt, wie bekannt demnächst in dem Fürstentum Lippe zur Durchführung. Dieses Experiment ist von so allgemeiner Bedeutung, daß einige Mitteilungen über seine Einzelheiten am Platze erscheinen.

Die lipplische Staatsregierung hatte auf Drängen des Landtags und der Stadt Salzuflen im Frühjahr dieses Jahres, also noch vor der Reichsfinanzreform, eine Wertzuwachssteuer ausgearbeitet, die lediglich den Gemeinden das Recht gab, eine Wertzuwachssteuer nach bestimmten Grundätzen einzuführen. Der Ausschuss, an dem die Vorlage verworfen worden war, und mit ihm der Landtag in seiner kürzlich abgeschlossenen Herbsttagung, haben nun unter Führung des Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Neumann-Josef den Regierungsentwurf auf eine völlig andere Grundlage gestellt. Das neue Gesetz kombiniert die obligatorische staatliche mit einer fakultativ kommunalen Wertzuwachssteuer. Die Höchstätze der in einem jeden einzelnen Fall zulässigen Wertzuwachssteuer sind jetzt gelegt auf 4—25% des Wertzuwachses, je nachdem dieser zwischen 10—15% schwankt. Von diesen Höchstätzen fällt dem Staate, der das ganze Veranlagungsgeschäft zu besorgen hat, der 4. Teil ab, während es den Gemeinden überlassen bleibt, die Steuer bis zur Höhe von 1/4 der Höchstätze zu erheben. Die Städte, die im Fürstentum Lippe bis zu den kleinsten herunter den Landräten nicht unterstellt sind, können diese 75%, voll für sich ausnutzen, während auf dem Lande eine Teilung zwischen den Ämtern (Reisen) und Ortsgemeinden zu erfolgen hat. Die ersteren dürfen die Steuern bis zu einem Viertel, die letzteren bis zur Hälfte der Höchstätze erheben. Die Steuer greift zurück auf alle Besitzwechsel, die seit dem 1. Januar 1909 eingetreten sind; doch bleibt sie aus Billigkeitserwägungen dann unerschoben, wenn der eigentliche Verkauf bereits vorher stattgefunden hat. Bei der Ermittlung des früheren Wertes wird nicht über den 1. April 1900 zurückgegangen. Die Regierung hat sich mit dem so gestalteten Gesetze bereits einverstanden erklärt, so daß in den nächsten Tagen seine Verkündung erfolgen dürfte.

## Der Verkauf eines staatlichen Weinbergguts

an eine religiöse Gesellschaft, über den zur Zeit angehängt Verhandlungen schweben, hat im Rheingau eine starke Beunruhigung erzeugt. Der „Frl. Ztg.“ wird darüber geschrieben:

Unlängst ging die Nachricht durch die Tagesblätter, daß früherer Kloster Oberbach im Rheingau solle vom Fiskus an eine Ordensgesellschaft verkauft und seiner ursprünglichen Bestimmung wieder zugeführt werden. Die um Kloster gehörigen Weinberge, die es weiter, werden zum Teil vom Fiskus zurückbehalten, es stünde aber zu erwarten, die neuen Klosterinsassen würden weitere Weinberge anlegen und andere von der Bevölkerung kaufen. Die Nachricht hat in weiten Kreisen der Rheingauer Bevölkerung Stürmen und auch Beunruhigung hervorgerufen. Man fragt sich, welche Gründe die Staatsregierung wohl bei dem Verkauf leiten mögen. Denn auf der einen Seite habe sie sich das Recht gesichert und dadurch auf der anderen Seite auch die Pflicht übernommen, darauf zu achten, daß nicht zu viel Besitz in der toten Hand angehäuft werde. Dieser Pflicht handle sie bei dem Verkauf von Oberbach an eine Ordensgesellschaft zuwider.

Wer die Verhältnisse im Rheingau kennt, der weiß, daß Weinbergsland gesucht ist. Wenn die Staatsregierung die Nachfrage danach durch Verkauf an die tote Hand noch steigert, so ist das keine zu billige Maßnahme. Wenn dann weiter noch der Kauf von Weinbergen durch die Ordensinsassen in Aussicht gestellt wird, so soll das wohl heißen, ein weiteres Vornehmen solle unter staatlicher Mitwirkung in die Wege geleitet werden. Dabei kann es der Staatsverwaltung aber nicht verborgen geblieben sein, daß die Bewohner einzelner Rheingauorte heute schon kaum noch mehr sind, als Tagelöhner auf den Gütern vermöglicher auswärtsjuristischer und physischer Personen. Der Verkauf an die tote Hand kann und darf nicht erfolgen, da er gegen das allgemeine Wohl verstößt. Es ist noch nicht lange her, daß das frühere Hofgut Marienhäuschen bei Ahmannshausen an das bischöfliche Ordinariat in Limburg a. d. L. übergegangen ist. Bei Eilingen-Rüdesheim ist das Kloster St. Hildegard neu entstanden. Das Kloster Mariental bei Johannisberg dehnt seine Räume aus. Der Staat hat bei der Verpachtung für Wein- und Gartenbau zu Geiselnheim weite Grundstücke erworben und seinen Besitz durch das frühere v. Ledebur Gut erweitert. Dazu kommt, daß der Staat schon immer allzu großen Grundbesitz im Rheingau hatte. Wenn jetzt der Staat etwas von diesem großen Besitz abstehen will, so kann man das billigen, aber das kann nicht geschehen, wenn das Gelände nur an ein anderes Glied der toten Hand übergeleitet wird; dabei nimmt die Allgemeinheit Schaden.

Selbstverständlich richten sich die lebhaften Bedenken lediglich gegen die weitere Vermehrung des Besitzes juristischer Personen, nicht etwa gegen die Ordensgesellschaft an sich. Sie werden deshalb auch von der gut katholischen Bevölkerung geteilt, die sich der Wahrnehmung nicht verschließt, daß mit dem Übergang der Güter in die tote Hand die Steuerkraft in der Gemeinde schwindet.

Wenn die Staatsregierung wirklich die eingangs erwähnte Absicht hat, so ist es dringend zu wünschen, daß sie von deren Durchführung Abstand nimmt.

## Zu dem deutsch-russischen Rechtsstreit

wird der „R. L. Ztg.“ offiziell aus Berlin telegraphiert: Nachdem die russische Regierung gegen die Beschlagnahme russischer Staatsgüter beim Hause Mendelssohn Einspruch erhoben hat, haben Beratungen zwischen dem Reichsrechtswissenschaftler und dem Reichsgerichtswissenschaftler in dieser Angelegenheit stattgefunden. Es handelt sich um die Beschlagnahme der Fregate „Asow“ durch den russischen Staat. Die Beschlagnahme in Deutschland unterliegen können, und es wird, wie bereits gemeldet, in dieser Angelegenheit der Reichsgerichtswissenschaftler der Kompetenzfrage das letzte Wort zu sprechen haben. Da es sich hier in der Tat um eine sehr schwierige Frage des internationalen Rechts handelt, hat das preussische Ministerium des Innern den Reichsgerichtswissenschaftler über dessen Zuständigkeit dem Reichsgericht für Kompetenzfragen zu entscheiden haben wird. Bei diesen Beratungen kann von einem willkürlichen Eingreifen des Auswärtigen Amtes in die Zuständigkeit nicht die Rede sein, sondern alles würde sich nach den von der deutschen Gesetzgebung vorgegebenen Regeln vollziehen. Unter Fürst Bismarck ist schon einmal in ähnlicher

